

NOTFALLVORSORGE

Aus dem Inhalt

Lehren aus der Flut

Die Logik
des Gelingens

Leuchttürme
für Afghanistan

Frieden schaffen
nur mit Waffen?

Überlegungen
zum Terrorismus



Wenn's drauf ankommt
direkt zur Stelle



Optimale Kommunikation für Rettungsdienste: das digitale Mobilfunk-Netz Vodafone GSM-BOS

Rettungs- und Sicherheitsdienste benötigen ein besonders zuverlässiges mobiles Kommunikationssystem, um zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein. Nur eine von vielen Anforderungen, die das digitale Mobilfunknetz Vodafone GSM-BOS erfüllt: es ist nicht nur flächendeckend und abhörsicher sondern auch extrem leistungsfähig, z.B. für die Funkversorgung oder mobile Datenanwendungen.

Weitere Informationen erhalten Sie auf www.vodafone.de/bos oder senden Sie eine E-Mail an: gsm-bos@vodafone.com



How are you?



4 EDITORIAL

FRÜHWARNUNG

- 5** Die Early Warning Conference II:
Besserer Schutz vor den Auswirkungen
von Katastrophen

HOCHWASSERSCHUTZ

- 6** Gefahrntag 2003 in München:
Schwerpunkt Hochwasservorsorge
- 8** Lernen aus der Flut 2003 im Elbegebiet
- 11** Das Hochwasserschutzgesetz:
Vorsorge durch Landschaftsplanung
- 12** Der mobile Endlosdamm

FÜHRUNG

- 13** Von der Logik des Gelingens

FEUERWEHR

- 15** Flächendeckendes Hilfsnetz in Gefahr

CIMIC

- 16** Leuchttürme für Afghanistan
- 20** Frieden schaffen nur mit Waffen?

TERRORISMUS

- 22** Grundsätzliche Gedanken zu einem Phänomen
– Teil II

WELTPOLITIK

- 26** Schöne Neue Welt?

29 MAGAZIN/PERSONALIA

33 BÜCHER

Notfallvorsorge

Die Zeitschrift für Katastrophenmanagement
und Humanitäre Hilfe
Forschung • Technik • Politik • Organisation • Recht

ISSN 0948-7913

34. Jahrgang

Herausgeber: Rolf Osang †
und Dr. Horst Schöttler (hs)

Chefredakteurin: Eva Maria Steckenleiter

Redaktion: Jana Ehrhardt (je)

Freie Mitarbeiter: Dr. Wolfram Geier (woge),
Winfried Glass (wg), Klaus Liebetanz (kl)

Redaktion: Walhalla Fachverlag, Büro Berlin
Schiffbauerdamm 5, 10117 Berlin

Telefon: 030 / 27 57 29 14

Telefax: 030 / 27 57 29 20

E-Mail: ehrhardt.jana@walhalla.de

Verlag: Walhalla Fachverlag

Haus an der Eisernen Brücke, 93042 Regensburg

Telefon: 0941 / 56 84-0

Telefax: 0941 / 56 84-111

E-Mail: walhalla@walhalla.de

Redaktionsbeirat:

Astrid Czerny	THW
Ulrich Cronenberg	DRK
Manfred Friedrich	Feuerwehren/DFV
Dr. Wolfram Geier	AKNZ
Winfried Glass	Katastrophenschutz, ZMZ
Thomas Kaspari	ASB
Dietrich Lüpke	BVA/ZfZ
Klaus Liebetanz	Humanitäre Auslandshilfe und Bereich Bundeswehr
Benedikt Liefänder	MHD
Dr. Horst Schöttler	JUH/Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge

Die in den Beiträgen dieser Zeitschrift vertretenen
Auffassungen der Autoren stellen deren
Meinungsäußerungen dar. Sie müssen nicht
identisch sein mit denen der Organisation, des
Herausgebers oder des Verlages.

Bezugsbedingungen:

Jahresbezugspreis (inkl. MWSt.) 27,55 EUR,
Einzelbezugspreis 7,10 EUR (In- und Ausland)
plus Versandkosten.

Kündigung des Abonnements spätestens drei
Monate vor Jahresende. Zahlungen ausschließlich
an den Verlag.

Erscheinungsweise:

4-mal jährlich zum Quartalsende

Druck: Druckhaus Oberpfalz, Amberg

Titelfoto: Auf Grund der Hochwasserkatastrophe
fand in diesem Jahr erstmals die Hochwassermesse
aqua alta in München statt. Lesen Sie dazu unsere
Berichterstattung auf den Seiten 6 bis 12.

Foto: aqua alta

Alle Rechte, auch für Auszüge und Übersetzungen,
vorbehalten.

Der Tod im Krankenwagen Ist die humanitäre Hilfe am Ende?

Oktober 2003 in Bagdad: Rauchsäulen standen am Himmel, durch die Gewalt der Detonationen waren Gebäude zusammengestürzt, Leutungen zerborsten und in den Straßen neue Krater aufgebrochen.

In den Krankenhäusern wurden Tote und Verletzte eingeliefert; die Rettungswagen mit dem Zeichen des Roten Halbmonds rasten mit heulenden Martinshörnern und blinkenden Blaulichtern durch Absperrungen und über behelfsmäßige Pisten.

Der 27. Oktober 2003 in Bagdad war ein Tag der Gewalt – ein Tag wie jeder andere nach Beendigung des Krieges.

Um 10 Uhr dann der bis dahin tödlichste, absurdeste Angriff – auf das Internationale Komitee des Roten Kreuzes. Ein mit einer Autobombe bestückter Rettungswagen durchbrach die Barrikaden – mit Sand gefüllte Fässer, die Zufahrt und Gebäude abschirmen sollten. Hunderte Kilogramm Dynamit detonierten. Die Explosion riss einen zwölf Meter langen Krater in das Hauptquartier des IKRK und tötete zwei seiner irakischen Mitarbeiter. Insgesamt starben bei diesem Anschlag zwölf Menschen, die meisten von ihnen unbeteiligte Passanten.

Die Opferbilanz dieses einen Tages im Irak: 50 Tote und 250 Verletzte.

Verzweifelter Rückzug der Helfer

Eine Woche später traf das Komitee eine schwerwiegende Entscheidung. Als der Präsident des IKRK, der Schweizer Jakob Kellenberger, diese verkündete, war er sichtbar verzweifelt: Das Rote Kreuz zieht seine ausländischen Helfer ab, verlässt sich nur noch auf die rund 650 einheimischen Mitarbeiter. Die Zahl der Ein-

sätze und die Qualität der Maßnahmen werden sich stark verändern, sagt Florian Westphal, Sprecher des IKRK für den Mittleren Osten: „Es ist ganz klar, dass durch diese Reduzierung ausländischer Mitarbeiter vor Ort und zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen die Bandbreite der Aktivitäten eingeschränkt wird. Wir müssen aber die Sicherheit unserer Mitarbeiter abwägen.“

Die Arbeit des IKRK im Irak

Die Arbeit des Komitees im Irak umfasst vier Bereiche:

- die Betreuung von Kriegsgefangenen und Internierten im Rahmen der Genfer Konventionen;
- die Unterstützung von Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen, insbesondere in der Notfallchirurgie;
- den Aufbau der Wasserversorgung in den Großstädten, etwa in Basra und Bagdad;
- die Schulung und Aufklärung der Helfer des Roten Halbmonds und der Zivilbevölkerung beim Umgang mit Minen, Blindgängern und Munition.

Die Schließung der beiden Büros in Bagdad und Basra sei nur vorübergehend, versicherte Kellenberger. Beobachter der humanitären Hilfe wissen jedoch, dass nach dem Anschlag in Tschetschenien im Dezember 1996, als sechs Mitarbeiter des IKRK nachts kaltblütig in ihren Schlafräumen hingerichtet wurden, ein späterer Einsatz ausländischer Spezialisten nicht mehr erfolgte.

Das Komitee zog sich in den Nordirak nach Erbil zurück, wo die Sicherheitslage stabiler ist. Die Aufgaben des Komitees werden sich künftig beschränken auf:

- Besuche von Gefangenen;
- Herstellung von Kontakten zu Familienangehörigen und zum Suchdienst;



- Humanitäre Nothilfe im Bereich der Wasserversorgung und der Medizin.

Früchte des Hasses

Die Sabotage von Saddam-Husseins Getreuen, von Terroristen wie Al Quaida und ihren Verbündeten und der Hass der religiösen radikalen Gruppen trägt erste Früchte. Die Normalität ist nach dem Sturz des Saddam-Regimes im Irak ferner denn je. Die Iraker selbst sind die Hauptleidtragenden in der momentanen Situation.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 18. November 2003 schreibt zum Rückzug des Roten Kreuzes aus dem Irak: „Grund ist wohl weniger die individuelle Gefährdung, die auch andernorts sehr hoch ist, als vielmehr die Symbolhaftigkeit des Anschlags vom 27. Oktober. Er war gegen die Neutralität des IKRK gerichtet, was selbst in Konflikten, wo Regeln nicht viel gelten, ein Tabubruch ist. Wie soll humanitäre Arbeit geleistet werden, wenn diese von Terroristen nicht geduldet wird?“

Dr. Horst Schöttler

Besserer Schutz vor Auswirkungen von Katastrophen

von Dr. Horst Schöttler, Kaiserslautern

Unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und des Auswärtigen Amtes gestalteten das ISDR-Sekretariat in Genf und das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV) gemeinsam die zweite Early Warning Conference in Bonn. Geschichtsträchtiger Tagungs-ort: der ehemalige Plenarsaal des Deutschen Bundestages, unmittelbar am Rhein gelegen. 407 Teilnehmer kamen aus insgesamt 68 Ländern zur Konferenz – das zeigt ihren hohen Stellenwert in der Politik, der Diplomatie und der Fachwelt.

„Frühwarnung ist eine wichtige und praktische Maßnahme, die eingesetzt werden kann, um Risiken zu vermindern. Es hat sich gezeigt, dass Frühwarnsysteme die negativen Auswirkungen von Naturereignissen erheblich reduzieren können, wenn sie sich auf die zahlreichen Akteure, die die Frühwarnkette bilden, stützen können, insbesondere die örtlichen und nationalen Behörden sowie die Mitwirkung der Bevölkerung selbst“, erläuterte Salvano Briceño, Direktor des Genfer ISDR-Sekretariats (International Strategy for Disaster Reduction), die Leitlinien und Strategien der internationalen Völkergemeinschaft.

Unter den 36 Vorträgen weckte vor allem die Keynote des früheren Bundeswohnungsbauministers und jetzigen UN-Direktors von UNEP (UN-Umweltprogramm) mit Sitz in Nairobi, Prof. Dr. Klaus Töpfer, große Aufmerksamkeit. Töpfer sagte in seiner plakativen Art: „Der Mensch hat die Erde nicht erschaffen, aber er ist dabei, sie zu Grunde zu richten. Er holzt Wälder ab, legt Feuchtgebiete trocken, betoniert die Landschaft zu und begradigt Flüsse. Dazu bläst er Umweltgifte in die Luft, baut Häuser in Erdbeben- und Überschwemmungsgebiete, staut Gewässer auf

und führt Kriege um Süßwasservorräte. Der Mensch ist der größte Verursacher von Naturkatastrophen. Nun ist er wenigstens so klug, nach Methoden zu suchen, wie er die von ihm verursachten oder zumindest mitverschuldeten Unglücke früh genug erkennen kann, um sich vor ihnen und ihren Auswirkungen zu schützen.

Immer mehr Katastrophen

Aber, so Töpfer weiter, die Betroffenen seien immer die Armen, und Großschäden sorgen dafür, dass die Ärmsten arm bleiben und noch ärmer werden. Wer dennoch der Auffassung sei, dass diese Entwicklung



Foto: ewc

Dr. Klaus Töpfer: „Der Mensch hat die Erde nicht erschaffen, aber er ist dabei, sie zugrunde zu richten.“

Wichtige Zitate der EWC II

Bundesumweltminister Jürgen Trittin: „Wir müssen Katastrophenprävention betreiben, damit die Frühwarnsysteme möglichst selten gebraucht werden, überall dort, wo der Kreislauf der Natur in Gefahr ist, aus dem Gleichgewicht zu geraten. Schwerpunkt ist der Aufbau eines Frühwarnsystems. Frühwarnsysteme funktionieren nur, wenn sie multilateral ausgestaltet sind.“

Claudia Roth, Bundestagsabgeordnete und Beauftragte für Menschenrechte und humanitäre Hilfe: „Unser gemeinsames Ziel muss es sein, mit Hilfe unserer Wissenschaftler Naturereignisse noch besser zu verstehen und zu versuchen (...). Aus diesem Grund muss ein ungehinderter Austausch zwischen allen Partnern in Gang gebracht werden, durch den die erfolgreiche Implementierung von Frühwarnsystemen eine globale Verantwortung wird.“

Hans-Joachim Daerr, Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt: „Die deutsche Regierung verpflichtet sich, das vorgeschlagene Frühwarnprogramm unter der Ägide der Internationalen Strategie für Katastrophenvorsorge zu unterstützen, und wir begrüßen die Unterstützung anderer Regierungen bei der Erreichung dieses Ziels.“

DKKV-Vorsitzende Dr. Irmgard Schwaetzer: „Frühwarnsysteme sind das wirksamste Instrument der Katastrophenvorsorge. Der besondere Wert eines Frühwarnsystems liegt beim Zeitgewinn für vorausschauendes Handeln (...) So lassen sich Schäden aus Naturkatastrophen vermindern: zum Schutz des Lebens, der Gesundheit, der Umwelt und der Sachwerte des Menschen. Jetzt sind Politik, Wissenschaft und Hilfsorganisationen gefordert, um die Einsatzpraxis auf Frühwarnung einzustellen.“

(zusammengetragen von Winfried Glass)

ausschließlich ein Problem der Entwicklungsländer sei, der vergesse, dass auch in industrialisierten Nationen die Katastrophen signifikant zunehmen. Die Entschädigungsleistungen der Erst- und Rückversicherer nehmen überproportional zu; Stromausfälle lähmen Produktionen über Tage und Wochen, Einbußen der Volkswirtschaft sind von politischer und gesellschaftlicher Relevanz, und die Angst vor der Anfälligkeit „kritischer Infrastruktur“ nimmt in den Sicherheitskonzepten der Industriestaaten ständig an Bedeutung zu.

Warnung als bürgerschaftliche Verantwortung

Das bisherige Rezept – nach Eintritt des Schadens obligatorische Angst und Verunsicherung in der Bevölkerung, dann die Zahlungen der Assekuranzen, Aufruf zu Spenden mit großen Solidaritätsbekundungen und modernisierter Wiederaufbau an der gleichen gefährlichen Stelle – könne kein Konzept ersetzen. Die staatliche und gesellschaftliche Verantwortung müsse vor das Ereignis und die Schadensabwehr zuallererst Prävention setzen. Dazu gehöre neben planerischen und baulichen Maßnahmen die Frühwarnung als Kette von Sensibilisierung, Alarmierung und Information: Warnung also nicht mehr als technischer Hauptbestandteil, sondern als Element bürgerschaftlicher Verantwortung.

Ebenso positiv wie Töpfers Beitrag zur Eröffnung der Konferenz war die Sitzungsleitung der Bundestagsabgeordneten Claudia Roth am 18. Oktober 2003. Unter ihrer engagierten Leitung diskutierten sechs Minister und Botschafter aus Entwicklungs- und Schwellenländern über den Beitrag der Politik zu einer verantwortlichen Katastrophenvorsorge und Frühwarnung. Deren „Solutions for Integrating Early Warning into Public Policy“ verdeutlichen, dass die Regierungen der katastrophengebetroffenen Staaten ebenso wie der Geberländer begriffen haben, dass verordnete Vorsorge erfolglos sein muss, wenn sie von der Bevölkerung nicht wahrgenommen und akzeptiert wird. Vorbeugung bedeutet aber auch, Fähigkeit und Mut zur Selbsthilfe und zum Selbstschutz zu entwickeln. ■

Gefahrentag 2003

Schwerpunkt

von Winfried Glass, Meckenheim

Vor drei Jahren fand der erste Gefahrentag des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge e.V. statt. Seither hat die Veranstaltung ihren festen Platz gefunden als deutscher Beitrag zum International World Disaster Prevention Day und als Forum, das Wissenschaftler und praktische Akteure an einen Tisch bringt. Im Jahr 2003 wagte sich das DKKV an den Versuch eines neuen Kooperationsmodells: Der Gefahrentag fand im Oktober erstmals im Rahmen einer Messe – nämlich der aqua alta in München – statt.

Schade, dass es organisatorische Patzer gab. So war vorgesehen, dass das DKKV einen der vier Messtage vom 24. bis 27. November – nämlich den Gefahrentag – inhaltlich gestalten sollte. Die Messe München GmbH listete den Gefahrentag in ihrem Tagungsprogramm jedoch lediglich als Ergänzung zum eigentlichen Kongress. Bedauerliche Folge: Verschiedene Vorträge zur Katastrophengebältigung standen miteinander „in Konkurrenz“. Während etwa die DKKV-Vorsitzende Dr. Irmgard

Schwaetzer die Lessons Learned-Studie des DKKV zur Hochwasservorsorge in Deutschland vorstellte, sprach der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, General a. D. Hans-Peter von Kirchbach, über das „Hochwasser 2002 – Erfahrungen und Lehren für die Einsatzführung im Katastrophenschutz“. Schade, wirklich schade.

Hochwasser- und Katastrophenvorsorge

Den Schwerpunkt des diesjährigen Gefahrentages – Motto: „Das Undenkbare denken – neue Strategien im Hochwasserschutz“ – bildete die Lessons Learned-Studie über die Lehren, die aus der Hochwasserkatastrophe gezogen werden können (siehe „Lernen aus der Hochwasserkatastrophe“, S. 8). Daneben gab es eine Reihe von Referaten zur Katastrophenvorsorge.

Torsten Grothmann vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung fragte unter dem Motto „Betroffen ja – aber auch bedroht?“ nach Risikowahrnehmung und Schadensvorsorge nach dem Augusthochwasser 2002. Dr. Peter Homagk, Leiter der Hochwasser-Vorhersage-Zentrale Baden-Württemberg an der Landes-



Bilder wie dieses werden wir nach dem vergangenen Sommer nicht so schnell vergessen: die Stadt Passau unter Wasser. Der DKKV-Gefahrentag 2003 zeigte Konzepte zum besseren Schutz vor Flutwellen.

Foto: Stadtarchiv Passau

03 in München: unkt Hochwasservorsorge

anstalt für Umweltschutz in Karlsruhe, beschrieb im Rahmen der Möglichkeiten der Hochwasservorhersage die Schadensminimierung durch rechtzeitige Vorsorgemaßnahmen. Prof. Dr. E. Ruiz Rodriguez, Ingenieur für Wasserbau und Wasserwirtschaft, zeigte am Szenario Deichbruch Möglichkeiten und Nutzen von Gefahrenkarten als Bindeglied zwischen Vorhersage und Reaktion auf.

Wie sich die praktische Alarmplanung im Katastrophenschutz im Laufe der vergangenen Jahrzehnte auf dem Weg in das digitale Zeitalter verändert hat, demonstrierte Jörg Picht, Geschäftsführer einer Heidelberger Software-Firma, am Beispiel der konkreten Heidelberger Hochwasser-Katastrophenplanung. Für die hatte sein Software-Haus das Hochwasser-Informations- und Schutzsystem „HowISS“ entwickelt. Dr. Willy Streitz von der Katastrophenforschungsstelle der Universität Kiel beschrieb präventives Gefahrenmanagement mit dem Computer. Zum Schluss stellte Reinhard Vogt, Leiter der Hochwasserschutzzentrale Köln, die Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerbeteiligung und kommunale Zusammenarbeit im Hochwassermanagement am bewährten und bekannten Beispiel der Stadt Köln vor.

Wie geht es weiter?

Organisatorische Pannen in einer Kooperationspartnerschaft – und dies beim ersten Mal – dürfen kein Rückschlag oder Hindernis für zukünftige Vorhaben sein. Auf die Veranstaltung Gefahrentag kann im thematischen Gesamtzusammenhang ohnehin nicht mehr verzichtet werden. Wie sich die Kooperation mit der zukünftigen Leitmesse für Hochwasservorsorge zukünftig nutzen und weiterentwickeln lässt, wird der DKKV-Vorstand demnächst beraten. ■



Erste Hochwasser-Messe aqua alta

Gut ein Jahr nach den Augustfluten an Elbe, Oder und Rhein trafen sich Experten für Klima, Flussbau und Katastrophenmanagement zur ersten Hochwasserschutzmesse *acqua alta* in München. Schwerpunkte des viertägigen Kongresses vom 24. bis 27. November waren Diskussionsforen zu den Themen Klima und Wasser – Prognostik und Systeme, Hochwasser und Natur – Vorsorge und Strategien, Katastrophenmanagement – Schutz und Technik und Wasser – Element und Ressource.

Als Rahmenveranstaltung fand ein Seminar „Alles im Fluss – Landschaften planen und Gewässer entwickeln“ des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten sowie der DKKV-Gefahrentag mit neuen Stra-

tegien im Hochwasserschutz statt. Parallel dazu stellten rund 100 Aussteller neueste Entwicklungen aus dem Bereich Hochwasserschutz aus.

Während die Kongressveranstaltungen sehr gut besucht waren, klagten die Aussteller über mangelndes Interesse der Teilnehmer. Weiterer Kritikpunkt war die zu sehr auf den technischen Hochwasserschutz ausgerichtete Messe. Um den Planungsaspekt mehr einzubeziehen und Architekten, Landschaftsarchitekten, aber auch mehr Aussteller anzusprechen, entschloss sich die Messeleitung, die nächste *acqua alta* im Jahr 2005 parallel zur BAU, der Leitmesse für die europäische Bau-Branche, stattfinden zu lassen.

Thomas Jakob

Lernen aus der Katastr

von Winfried Glass, Meckenheim

Das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV) e.V. in Bonn hat anlässlich des diesjährigen Gefahrentages am 26. November 2003, der im Rahmen der aqua alta in München stattfand, seine Lessons Learned-Studie „Hochwasservorsorge in Deutschland – Lernen aus der Katastrophe 2002 im Elbegebiet“ vorgestellt.

Der Lehrstuhl für Hydrologie der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus erstellte die Studie gemeinsam mit dem GeoForschungsZentrum Potsdam und der Katastrophenforschungsstelle der Universität Kiel. Das Deutsche Rote Kreuz in seiner Eigenschaft als korporatives Mitglied des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV) übernahm im Wesentlichen die Finanzierung.

Zielsetzung und Verantwortung

Zielsetzung der Studie ist es, Strategien und Maßnahmen zu identifizieren, die im Hinblick auf die im Elbegebiet anstehenden Wiederaufbauinvestitionen eine Minderung der Hochwasserschäden in der Zukunft erwarten lassen. Mit den aktuell gewonnenen Kenntnissen können die Hochwasservorsorgestrategien in Deutschland

insgesamt an diesen neuen Erfahrungen ausgerichtet werden.

„Das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge sieht sich in der Verantwortung, die Katastrophenvorsorge im Bewusstsein und Handeln von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Bevölkerung zu verankern“, so Dr. Irmgard Schwaetzer, Bundesministerin a.D. und Vorsitzende des DKKV. Aus diesem Grunde hat das DKKV einen interdisziplinären Lessons Learned-Prozess angestoßen, um aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres Leitbilder für die Zukunft zu entwickeln. Die Studie soll Strategien für einen vorsorgenden Hochwasserschutz sowie für verbesserte Frühwarnung und Katastrophenbewältigung in Deutschland aufzeigen.



Katastrophe 2002 im Elbegebiet

Sich die Gefahr bewusst machen

Dabei geht es vor allem darum, sich mit der Gefahr auseinander zu setzen, um menschliche, kulturelle, ökonomische und ökologische Verluste abzuwenden beziehungsweise zu mindern. „Es geht uns nicht darum, Schuldzuweisungen auszusprechen oder Einzelne an den Pranger zu stellen. Um solche Katastrophen wie die Elbeflut in Zukunft besser bewältigen zu können, müssen strukturelle Defizite und mangelnde Abstimmung im Katastrophenschutz aufgedeckt werden“, sagte Dr. Willi Streitz von der Katastrophenforschungsstelle der Universität Kiel.

„Es gibt vielfältige Möglichkeiten, Überschwemmungskatastrophen und deren Auswirkungen zu mindern, allerdings nur, wenn wir uns der Gefahr bewusst sind. Die Menschen in gefährdeten Gebieten müssen über die Gefahrenlage informiert sein, entsprechende Bau- und Nutzungsvorsorge betreiben, im Notfall gewarnt werden und dann wissen, was zu tun ist“, erläuterte Dr. Bruno Merz, Leiter der Sektion Ingenieurhydrologie am GeoForschungsZentrum Potsdam. Hochwasserbewusstsein prägte sich vor allem durch eigene Erfahrung ein. Fehle diese, müsse durch Informationsveranstaltungen, Gefahrenkarten oder Hochwassermarken auf Risiken hingewiesen werden.

„Wir müssen damit leben, dass Bemessungsannahmen in Extremfällen übertroffen werden und Deiche auch versagen können. Daher müssen wir uns mit dem Restrisiko vertraut machen, das heißt Schadensszenarien durchspielen und das Ereignis vorweg nehmen. Bisher mangelt es in Deutschland an systematischen, vergleichbaren Informationen. Umfassende Gefahren- und Risikoanalysen müssen durchgeführt werden und die Ergebnisse in bundesweiten Karten zusammengestellt und veröffentlicht werden“, empfahl Merz.

„Nur eine landesübergreifende, integrative und interdisziplinäre Wasser- und Landressourcenbewirtschaftung im Flussgebietsmaßstab kann die Herausforderungen der Zukunft bewältigen“, meinte Prof. Dr. Uwe Grünewald vom Lehrstuhl für Hydrologie und Wasserwirtschaft der BTU Cottbus.

Die Wassermassen, die sich im August des vergangenen Jahres über Flussbetten und Deiche hinweg über die Auenbereiche der Elbe und ihrer Nebenflüsse ergossen, waren unerwartet und haben aufgerüttelt. Jetzt ist es notwendig, dieses katastrophale Ereignis für einen Umdenkprozess zu nutzen. Denn seit Jahrhunderten ist bekannt: Auen sind die Überschwemmungsbereiche der Flüsse.

Die Lessons Learned-Studie zeigt unter anderem folgendes:

Kein politischer Dauerbrenner

Katastrophenvorsorge ist kein Politikfeld, das dauerhaft auf der politischen Agenda steht. Die Politik orientiert sich zu stark und eher defensiv an der „Themenkonjunktur“ der Medien. Trotz aller Maßnahmen wird es keinen absoluten Schutz vor Hochwasser geben. Insofern wäre es generell besser, statt von Hochwasserschutz von Hochwasservorsorge zu sprechen. In der öffentlichen Diskussion wird die Wirkung von Maßnahmen zur Förderung des natürlichen Wasserrückhaltes für das Hochwasserrisikomanagement oft überschätzt oder verzerrt dargestellt.

Erfolgreich lassen sich Strategien nur umsetzen, wenn die Prinzipien von Nachhaltigkeit und Sachlichkeit in der gesamten Öffentlichkeit von Politik, Verwaltung, Medien bis zur Bevölkerung Akzeptanz finden, ein schnelles Verdrängen und Vergessen unterbleibt sowie einzugsgebietsbezogen gehandelt wird.

Der Grundsatz „Reduktion potenzieller Schäden hat Vorrang vor Re-



*Hatte erheblichen Anteil an der Studie:
Prof. Dr. Uwe Grünewald vom Lehrstuhl
Hydrologie der Hochschule Cottbus.*

duktion von Abfluss und Überflutung“ muss sich stärker im Denken und Handeln niederschlagen.

Technischer Hochwasserschutz ist in der Öffentlichkeit eher negativ belegt. Die Flächenvorsorge spielt als wirksamstes Instrument zur Regelung des Schadenpotenzials immer noch eine zu geringe Rolle. Die Nutzung von Ausnahmegenehmigungen bei Ansiedlungen und Baumaßnahmen ist zur Regel geworden und unterhöhlt eine effektive Flächenvorsorge.

Frühwarnsysteme werden nicht in ihrer gesamten Komplexität erfasst, sondern vereinfacht nur auf „Vorwarnzeiten“ reduziert. Darüber hinaus entsprechen die technischen Komponenten der bekannten und bestehenden Frühwarnsysteme nicht immer dem Stand der Technik.

Kann sich der Einzelne schützen?

Damit ein Hochwasserschaden nicht existenzgefährdend wird, ist finanzielle Vorsorge notwendig. Unter privater Eigenvorsorge muss ein Paket aus Bauvorsorge, Verhaltensvorsorge und (versicherungsgestützter) Risikovorsorge von Privatpersonen und Unternehmen verstanden werden. Beim Hochwasser 2002 war die Eigenvorsorge nicht genügend ausgeprägt.

Für die Zukunft muss ein Konzept für eine dauerhafte Risikovorsorge ausgearbeitet werden. Derzeit wird eine Pflichtversicherung diskutiert. Von Seiten der privaten Versicherungswirtschaft wurde die grundsätzliche Ablehnung einer Pflichtversicherung gegen Elementargefahren aufgegeben.

Keine Zwangsversicherung

Jedoch – wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. November 2003 auf Grund einer Erklärung der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries meldete – „plant die Bundesregierung keine Zwangsversicherung gegen die Folgen von Naturkatastrophen. Ein solcher Schritt sei verfassungsrechtlich nicht zu begründen, solange es möglich ist, sich privatrechtlichen Schutz gegen die Risiken zu verschaffen. Statt dessen müsse es beispielsweise Bauverbote in Überschwemmungsgebieten geben, weil zukünftig mit einer Zunahme der Naturkatastrophen zu rechnen sei“.

Die Hochwasserwelle im August 2002 ging mit einer gewaltigen Welle der Solidarität einher, die etwa in freiwilligen Hilfseinsätzen und Spenden in Millionenhöhe ihren Ausdruck fand. Jedoch konnte die angebotene Hilfe nur zum Teil sinnvoll eingesetzt werden.

Schwachstellen?

Auch die Katastrophenbewältigung unterliegt Grenzen: physischen und psychischen Belastungsgrenzen der Helfer und Betroffenen, Grenzen der Verfügbarkeit von personellen und materiellen Ressourcen sowie Grenzen des gesellschaftlichen Wohlstandes, der nötig ist, um sich hohe Schutzstandards leisten und Hilfe gewährleisten zu können.

Hilfsorganisationen waren mit der Einbindung der freiwilligen Helfer und Helferinnen logistisch überfordert. Es erfolgt zur Zeit kein integriertes Handeln. Die Interessen verschiedener Akteure werden nur mangelhaft ausgeglichen. Hochwasservorsorge bleibt oft rudimentär, da sie nur dort erfolgreich ist, wo sie mit anderen Interessen zusammenwirkt.

Schnittstellen sind Schwachstellen. Beispielsweise sind in der Frühwarnkette die Übergänge zwischen Meteorologie, Hydrologie und Kata-

strophenschutz oder die Übergänge zwischen verschiedenen administrativen Grenzen Glieder, an denen die Kette zerbricht. Auch bei der Katastrophenbewältigung „schmort jeder im eigenen Saft“.

Für andere Aspekte der Hochwasservorsorge (beispielsweise private Eigenvorsorge, Flächenmanagement, natürlicher Rückhalt) sind die Zuständigkeiten zersplittert; Kosten und Nutzen sind unklar und ungleich verteilt und unzureichend ausgeglichen. Hochwasservorsorge und Katastrophenbewältigung sind Querschnittsaufgaben und erfordern ein hohes Maß an Kommunikation, Kooperation und Führung.

Schutzziele formulieren!

Es müssen Schutzziele ausgehandelt werden, um einen optimalen Mix von Maßnahmen für das zu schützende Objekt oder Gebiet zu erreichen. Auch die Bevölkerung muss über Gefahren informiert und in die Entscheidungen zum Hochwasserschutz einbezogen werden. Hier scheint es besonders wichtig, die Risikokommunikation deutlich zu verbessern. ■



Hochwasservorsorge in Deutschland
Lernen aus der Katastrophe 2002 im Elbegebiet

NOVEMBER 2003

LESSONS LEARNED

DKKV
Deutscher Katastrophenschutzverband

Die Lessons Learned-Studie ist gegen eine freiwillige Gebühr von fünf Euro bei der DKKV-Geschäftsstelle (www.dkkv.org) – solange der Vorrat reicht – zu beziehen. Das DKKV rechnet damit und hofft darauf, dass einige Feststellungen und Passagen bei staatlichen und verbandlichen Partnern zu gegebenenfalls auch kontroversen Diskussionen führen werden.

Das Hoch Vor

Von Thomas Jakob, München

Um sich in Zukunft vor Hochwasser zu schützen, setzen Politiker und Kommunen weiterhin auf Deiche und Dämme. Dabei sind sich alle Experten einig, dass höhere Dämme nur im Zusammenspiel mit einem planerischen Sinneswandel Sinn machen. Vorsorgender Hochwasserschutz beginnt beim Gewässermanagement in den Einzugsgebieten von Flüssen und Bächen. Erste Schritte dazu sind getan, die Umsetzung stößt aber auf Schwierigkeiten.

Im Rahmen der Flusskonferenz vom 15. September 2002 startete die Bundesregierung ihr Fünf-Punkte-Programm zu einem besseren vorbeugenden Hochwasserschutz. Ziel: den Flüssen mehr Raum zu geben. Darauf aufbauend erarbeitete das Umweltministerium ein Artikelgesetz, dessen Entwurf wesentliche Änderungen etwa im Wasserhaushaltsgesetz, im Raumordnungsgesetz und im Baugesetzbuch vorsieht. Unter anderem wird die Kategorie „überschwemmungsgefährdetes Gebiet“ eingeführt. Diese Gebiete müssen die Kommunen nachrichtlich in Bauleit- und Raumordnungsplänen darstellen. Rechtsverbindlich sind sie jedoch nur, wenn sie in die kommunale Bauleitplanung integriert werden. Das neue Instrument Hochwasserschutzplan soll den natürlichen Hochwasserschutz gewährleisten, Rückhalteflächen wiederherstellen und auch den technischen Hochwasserschutz enthalten, die Grundsätze der Bauleitplanung explizit um den Hochwasserschutz ergänzt werden. Die Kommunen müssen sich also planerisch mit dem Hochwasserschutz auseinandersetzen.

Im Prinzip sind diese einzelnen Maßnahmen aus landschaftsplanerischer Sicht im Sinne des vorbeugenden Hochwasserschutzes zu begrüßen. Bis auf die Verpflichtung zur län-

Wasserschutzgesetz

sorge durch Landschaftsplanung

derübergreifenden und internationalen Kooperation in Flussgebietseinheiten findet sich aber nicht ein einziger Hinweis auf einen flusseinzugsgebietsbezogenen Ansatz. Insbesondere dort liegen jedoch die Schwierigkeiten für einen administrativen, Grenzen überwindenden, ganzheitlichen Ansatz.

Kommunen müssen gesetzliche Vorgaben umsetzen

Die Bundesländer füllen den vom Bund vorgegebenen Rahmen selbstständig aus, entscheiden also selbst, wie weit sie Vorgaben zur Flächenvorsorge gesetzlich festlegen wollen. Explizite Vorgaben fehlen jedoch. Nach den Augustfluten wurden immerhin in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen Karten mit überschwemmungsgefährdeten Gebieten erstellt. Wie sinnvoll die Karten sind und ob eine Gemeinde, die sich außerhalb einer Gefahrenzone befindet, tatsächlich sorglos weiterbauen kann, sei dahingestellt.

Den Kommunen kommt daher eine wesentliche Rolle bei der Hochwasservorsorge zu. Und sie sind gleichzeitig ein wesentlicher Hinderungsgrund für einen Paradigmenwechsel in der Vorsorge. Gewerbe- und Wohngebiete lassen sich am einfachsten nun mal in Bach- und Flussauen ausweisen, Kommunen an den Oberläufen von Flüssen kümmern die Probleme der Unterlieger meist herzlich wenig, und auch viele Landwirte lassen ihre Ackerflächen nur gegen immense Ausgleichszahlungen in Retentionsflächen umwandeln.

Selbst, wenn sich eine Gemeinde zu einer rigorosen Kursänderung durchringt: Nach der deutschen Gesetzeslage ist es derzeit nicht möglich, nachträglich stark überschwemmungsgefährdete Gebiete zu entsiedeln. Die Anwohner genießen Vertrauensschutz, nachdem ihnen in einem genehmigten Bebauungsplan ein Baurecht erteilt wurde. Selbst



Nicht nur die Dresdner erlebten während der Jahrhundertflut 2002 ihr „blaues Wunder“.

Versicherungen sind gesetzlich verpflichtet, im Schadenfall 100 Prozent der Kosten für den Wiederaufbau an derselben Stelle zu übernehmen. Bauen die betroffenen Menschen ihr Haus an einer anderen Stelle wieder auf, erhalten sie nur den jeweiligen Zeitwert.

Hochwasserzweckgemeinschaften

Ein Ausweg aus dem Planungs- und Zuständigkeitsdilemma könnten Hochwasserzweckgemeinschaften unter der Federführung der Regionalplanung sein. Das Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden erarbeitet derzeit dieses informelle Planungsinstrument in einem Pilotprojekt für das Modellgebiet Wesenitz bei Dresden. Dieses Strategiekonzept zur Verbesserung der Gebiets- und Gewässerretention orientiert sich am gesamten Flusseinzugs-

gebiet, um den Hochwasserschutz auch in Teileinzugsgebieten größerer Gewässer mittel- bis langfristig zu verbessern. Mit der informellen Planung sollen bestehende Defizite in der räumlichen Planung abgebaut, die Zusammenarbeit zwischen Ober- und Unterliegergemeinden gefördert und das Bewusstsein für den vorbeugenden Hochwasserschutz in den Kommunen gestärkt werden (nähere Informationen: www.ioer.de). ■

Die Zeitschrift **Garten + Landschaft** befasst sich in ihrer Dezemberausgabe mit dem Thema **Gewässerentwicklung und Hochwasserschutz**. Infos: t.jakob@garten-landschaft.de



Der mobile Endlos-Damm

Schnell aufgebaut und billig: eine neue Erfindung, die bei Hochwasserkatastrophen gezielt und ohne großen Aufwand eingesetzt werden kann.

Die Feuerwehr Kaltenleutgeben im Bundesland Niederösterreich (Österreich) hatte bei mehreren Katastropheneinsätzen im August 2002 die Aufgabe, rasch einen Damm mittels Sandsäcken zu errichten.

Dabei wurde der hohe Arbeitsbeziehungsweise Zeitaufwand mehr als bewusst. Einige Tage danach kam der Feuerwehrmann Fahrmeister LM Rudolf Schöny auf die Idee, einen mobilen „Endlos-Damm“ gegen Hochwasser zu entwickeln, die so genannte Dammbauhilfe mit dem Namen „M.O.S.E.S.“ (Modern Overflow Securing System). Der Unterschied zu den herkömmlichen Sandsäcken ist, dass das Befüllen von M.O.S.E.S. mit Baumaschinen wie Kranlader, Bobcat, Frontlader und Betonmischer mit geringem Kraft- und Zeitaufwand möglich ist. Zum Befüllen von M.O.S.E.S. eignen sich verschiedene Materialien, beispielsweise Schotter, Sand sowie Streusplitt, der in jeder Gemeinde gelagert wird.

Nach Klärung der Statik sowie der technischen Fragen wurde M.O.S.E.S. erfolgreich erprobt und geflutet.

Die Vorteile

Gerade in Krisensituationen, wie bei zu erwartendem Hochwasser, ist jede Minute kostbar. M.O.S.E.S. ermöglicht einen raschen Aufbau mit geringem Personalaufwand selbst unter zeitkritischen Bedingungen.

M.O.S.E.S. ist ein Einmalprodukt und besteht aus Polypropylen. Der Damm hat eine wasserfeste Innenbeschichtung, er ist umweltfreundlich und recyclebar. Erhältlich ist der Damm in 100 cm und 50 cm Wasserschutzhöhe mit einer Länge von je zehn Metern, er ist variabel endlos verlängerbar.

Weiterhin zeichnen dieses System effiziente Lagerung und Transport durch geringes Volumen und Gewicht sowie rasche Entsorgung aus.

Am 12. November 2003 wurde „M.O.S.E.S.“ im „Kloster UND“ mit dem niederösterreichischen Innovationspreis 2003 ausgezeichnet.

Infos: Tel.: +43 (0) 22 38/7 79 74
E-Mail: rudolf.schoeny@aon.at
www.members.aon.at/dbh

Von der Lo

von Peter Buchner, Flensburg

Führung kennt viele Anwendungsfelder, ebenso viele Definitionen, Blickwinkel oder Fragestellungen. Mal ist von Kunst die Rede, mal von Handwerk, dann wieder von Wissenschaft und Lehre. Dass Führung ein für die Gefahrenabwehr wichtiges Feld ist, zeigt einerseits die Vielzahl neu erschienener Vorschriften in den vergangenen Jahren, andererseits weisen die zahlreichen angekündigten Neuerscheinungen zum Thema auf seinen großen Stellenwert hin.

Von Führung wird in fast allen Lebenslagen gesprochen. In jeder Behörde gibt es Leitungsaufgaben, jeder Betrieb ist an agilen Führungskräften interessiert. Im Bereich der Hilfeleistungen und Gefahrenabwehr übernimmt der erste Führer vor Ort die Führung als Einsatzleiter.



gik des Gelingens

Nun stellt sich eine Frage: Ist Führung gleich Führung? Oder werden mit ein und demselben Begriff unterschiedliche Phänomene bezeichnet? Macht dies sein Schillern aus?

Was ist Nicht-Führung?

Vielleicht kann man dem Führungsbegriff am ehesten auf die Spur kommen, wenn man zunächst nach seinem Gegenteil fragt, also: Was ist Nicht-Führung? Dann gilt es, nach den Rahmenbedingungen zu fragen, in denen sich Führung abspielt, um schließlich in einem weiteren Schritt nach Konstanten und Variablen zu suchen, vergleichbar Ort, Zeit oder auch Impuls und Energie in der Physik. Daraus können wir Einsichten ableiten, die wegweisend sein können für erfolgreiche Führung.

Am Beispiel der Gruppe im Lösch-einsatz kann man den Unterschied zwischen Führen und Handeln auf

niedriger Ebene beobachten. Wird unterstellt, dass der Gruppenführer führt, ein Feuerwehrmann hingegen nicht, dann können die Tätigkeiten der beiden verglichen werden. Der Eine trifft die Entscheidungen, der Andere führt sie aus.

Demnach kann man mit einiger Sicherheit Führen als „Treffen von Entscheidungen“ definieren. Das Gegenteil des Führens, das Nicht-Führen, ist so betrachtet das Ausführen von Entscheidungen. Dass sich der Gruppenführer natürlich auch selbst Aufgaben zuteilen kann, steht dazu nicht im Widerspruch. Allerdings führt der Gruppenführer in diesem Falle nicht, sondern er handelt. Dass diese Differenzierung nicht unwesentlich ist, spiegelt sich in dem Anspruch, dass sich eine Führungskraft den Kopf fürs Führen freihalten muss.

Entscheidungen in Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz werden grundsätzlich anders getroffen als von einer Behörde. Ein Verwaltungsbeamter auf einem Bauamt beispielsweise, der für Bauanträge zuständig ist, wird vor einer Freigabe alle möglichen Probleme, die mit einem Neubau zusammenhängen, gründlich prüfen, bevor er eine Entscheidung trifft. Anders geht es dem Gruppenführer einer Feuerwehr am Einsatzort: Flammen schlagen aus einem Haus, Verwirrte laufen über die Straße, Verletzte müssen versorgt werden. Nicht zuletzt ihre Schreie zwingen zu schnellem Handeln. Oft bleibt dabei keine Zeit für sorgsames Abwägen. Führen in Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz ist also Entscheiden ins Ungewisse.

Regelkreis für Entscheidungen

Dem trägt das Entscheidungsverfahren im Einsatz Rechnung, indem es einem Regelkreis folgt. Entscheidungen müssen unter Zeitdruck sowie bei unvollständigen und unsicheren Informationen getroffen werden.

Um den Erfolg nicht aus dem Auge zu verlieren, wird die Kontrolle als fester Bestandteil ins Verfahren eingebaut. So kann nachgesteuert werden, wenn neue Informationen bekannt werden oder wenn die getroffenen Entscheidungen das Einsatzgeschehen nicht in die richtige Richtung lenken.

Organisations-Konstanten bringen Ruhe ins Chaos

Unter diesen ungünstigen Rahmenbedingungen ist es von Vorteil, Konstanten von vornherein festzulegen. Die Organisationslehre liefert die Unterscheidung nach Aufbau- und Ablauforganisation. Die Aufbauorganisation spiegelt sich in den Stellen von Einsatzleitern mit S1, S2 etc. in einer Führungsstelle. Die Ablauforganisation bildet die Entstehung der Entscheidungen ab und kann beispielsweise am Laufweg des Nachrichtenvordrucks in der Führungsstelle nachvollzogen werden.

Für Einsätze der Feuerwehren und Hilfsorganisationen bildet die Stab-Linien-Organisation eine Konstante. Es gibt einheitliche Befehls- und Meldewege, die beim Einsatzleiter an der Spitze einer Pyramide zusammentreffen. Die Stäbe selbst setzen sich aus den Stellen von S1 bis 4 sowie S6 und dem weiteren Stabhilfspersonal wie Lagekartenführer, Einsatztagbuchführer und Fernmeldepersonal zusammen.

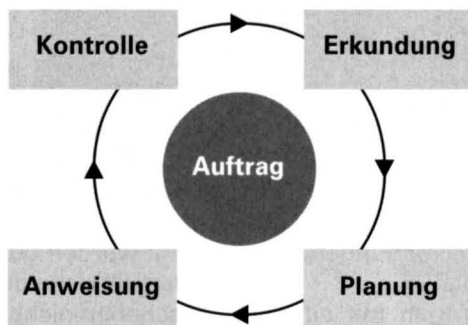
In der Ablauforganisation werden dann die Entscheidungen lagegerecht getroffen, indem die verschiedenen Stelleninhaber zusammenarbeiten. Das ist die Variable, die dem jeweiligen Einsatzablauf angepasst werden kann.

Aus der Struktur der Aufbauorganisation ergibt sich ein bestimmtes Programm. Die Stab-Linien-Organisation konzentriert die Befugnisse an wenigen Stellen. Diese Organisationsform zeichnet sich durch die Einheitlichkeit der Führung aus und ver-



Foto: MEV

Der Führungsprozess als kybernetischer Regelkreis



Der Regelkreis der Führung

meidet konkurrierende Anweisungen verschiedener Stellen. Dies schafft klare, übersichtliche Betriebsverhältnisse und eindeutige Abgrenzungen. Damit ist die Stab-Linien-Organisation ruhender Pol im drohenden Chaos.

Diese Struktur birgt jedoch auch Gefahren in sich. Eine Änderung der Konstanten wirkt sich immer auch auf die Variablen aus, sprich: Wird die Aufbauorganisation verändert, verschieben sich auch die Abläufe. Daraus resultieren häufig Klagen über lange Dienstwege. Abhilfe kann die Leitung schaffen, indem sie nachgeordneten Stellen Regelungsbefugnisse in ihrem Zuständigkeitsbereich einräumt. Vorgesetzte beschränken sich dann nahezu auf die Abstimmung der Schnittstellen – im Stab, beispielsweise zwischen Lage und Personal oder zwischen Einsatzplanung und Logistik.

Der Einsatzleiter kann die Selbstständigkeit seiner Einsatzkräfte fördern, indem er abgeschlossene Aufträge erteilt. Unterstellte Organisationselemente melden dann nur noch, welche Aufgaben sie entweder nicht erfüllen können oder wo sie mehr Personal, Gerät oder Logistik brauchen. In diesem Sinne ist die Hierarchie ein Filter für Information von unten nach oben und Steuermechanismus für Aufträge, indem die Schnittstellen und Reibungsflächen vom gemeinsamen Vorgesetzten beschrieben werden. Da so die notwen-

digen Lagedaten nur in der zuständigen Führungsstelle verfügbar sind, können Führungsebenen nicht mehr übersprungen werden. Mit zunehmender Abstraktion verengt sich die Differenzierung von unten nach oben.

Rolle der Leitstellen

Dann muss überdacht werden, welche Rolle die Leitstellen in diesem System der Führungsorganisation einnehmen können. Die Entgegennahme von Meldungen ist auf alle Fälle zu wenig. Ein Blick in die Literatur zur militärischen Führung bringt allerdings nicht viel weiter. Dort wird zwecks Auflockerung und besserer Tarnung lediglich zwischen vorderem und rückwärtigem Gefechtsstand unterschieden. Die Rolle von Leitstellen bleibt dabei unklar; oder sie verharrt in der Zuständigkeit für die alltägliche Hilfeleistung. Letztlich bleibt den Leitstellen kaum etwas anderes übrig als zuzusehen: Schließlich fehlt ihnen das Lagebild in der hierarchisch angelegten Stab-Linien-Organisation.

Damit sind Konstanten beschrieben, mit denen die Führungskräfte im Einsatz entlastet werden können. Die Logik des Gelingens verbirgt sich hinter dem einfachen Satz: Jeder erfüllt seinen Auftrag, so gut er kann. Widerstände meldet man an die vorgesetzte Führungsstelle, die gleichzeitig die Schnittstellen der nachfolgenden Führungsebene koordiniert. So wird das undurchsichtig erscheinende Chaos des Einsatzes erhellt. ■

Flächendeckend

von Klaus Liebetanz, Verden

Deutschlands Feuerwehrwesen steht vor dem größten Umbruch seit Gründung der Bundesrepublik: „Die demografische Entwicklung und die finanzielle Belastung der Kommunen gefährden unser flächendeckendes Netz für schnelle Hilfe“, warnt Hans-Peter Kröger, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV). Anfang November 2003 konstituierte der Spitzenverband der Feuerwehren einen Beirat, dem Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien angehören und der den Feuerwehren bei der Durchsetzung ihrer Interessen mehr Gewicht verschaffen soll.

„Dieses Gremium soll uns dabei helfen, Lösungen zu finden, Türen zu öffnen und den Feuerwehren Gewicht in der Politik, im Öffentlichen Leben und in der öffentlichen Meinung zu geben“, erklärte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), Hans-Peter Kröger, Anfang November in Berlin in der Hessischen Landesvertretung. So konnte er Bundesminister a.D. Klaus Kinkel, der als ehemaliger hoher Beamter im Innenministerium enge Beziehungen zum Feuerwehrwesen hatte, und TV-Moderator Hans Meiser dafür gewinnen, in dem 26-köpfigen Gremium mitzuarbeiten. Kröger: „Es sind Menschen, die mit ihrem guten Namen für eine gute Sache einstehen.“

In Deutschland, so Kröger, besitzt das Ehrenamt besonderes Gewicht: Jeder zweite klassische Feuerwehreinsatz (ohne Rettungsdienst) werde von einer der 24.500 Freiwilligen Feuerwehren Deutschlands geleistet. Nichtsdestotrotz habe sich innerhalb von nur drei Jahren – zwischen 1998 und 2001 – die Zahl der Feuerwehrfrauen und -männer drastisch vermindert, nämlich um 40.000. Erschwerend komme hinzu, dass es in Anbetracht der angespannten Finanzlage der Kommunen die Städte und Ge-

kendes Hilfsnetz in Gefahr

meinden immer schwerer haben, das flächendeckende System der Gefahrenabwehr zu finanzieren. Kröger: „Deutschlands Feuerwehren schieben einen Investitionsstau in dreistelliger Millionenhöhe vor sich her.“

Mehr Frauen zur Wehr

Mit über einer Million ehrenamtlicher Helfer in den Feuerwehren sind die Kommunen Deutschlands größter Dienstleister im Zivil- und Katastrophenschutz, betonte der DFV-Präsident. Kröger forderte deshalb nachhaltige Unterstützung seitens des Bundes und der Länder: „Die Feuerwehren sind bereit, sich weiterzuentwickeln und zu öffnen. So möchte der DFV zum Beispiel den Frauenanteil von derzeit fünf kurzfristig auf zehn Prozent verdoppeln.“ Ein Forschungsprojekt sei mit dem Bund besprochen – doch die bereits zugesagte Förderungszulage leider wieder zurückgezogen worden. Der Feuerwehrverband erwarte von Bund und Ländern mehr Unterstützung für die Nachwuchswerbung und für die Präventionsarbeit.

Große Leistungsfähigkeit der Feuerwehren

Das deutsche Feuerwehrsysteem ist einzigartig: Ihm gehören 24.500 freiwillige Feuerwehren mit einer Million Einsatzkräften, 99 Berufsfeuerwehren mit 28.000 Beamten und 900 Werks- beziehungsweise Betriebsfeuerwehren mit 33.000 Aktiven an. So ist sichergestellt, dass die Feuerwehr überall in Deutschland innerhalb von zehn Minuten am Ort eines Brandes oder eines Unglückes etc. eintreffen kann. Zum Vergleich: In Großbritannien, wo im Wesentlichen Berufsfeuerwehren ausrücken, kommt es in abgelegenen Gegenden fernab der Großstädte vor, dass es zwei Stunden dauert, bis die Retter am Einsatzort eintreffen.

Deutschlands Feuerwehren, sagte Kröger, würden ihre große Leistungs-



Vor dem DFV-Pressemobil (v.l.n.r.): Albrecht Broemme, DFV-Vizepräsident und Landesbranddirektor von Berlin; TV-Moderator Hans Meiser; DFV-Präsident Hans-Peter Kröger; Bundesminister a.D. Klaus Kinkel; und DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann.

fähigkeit täglich unter Beweis stellen. „In den letzten Jahrzehnten haben sich die Feuerwehren zu Allroundwehren entwickelt, die ihren Einsatzschwerpunkt in der Unfallrettung, dem Umweltschutz und der Technischen Hilfeleistung haben. Außerdem stellen die Berufsfeuerwehren einen bedeutenden Teil des medizinischen Rettungsdienstes und Krankentransportes sicher.“

Katastrophen wie die Jahrhundertflut im vergangenen Jahr hätten zudem gezeigt, wie wertvoll das DFV-System der schnellen Hilfe an jedem Ort sei. Dieses System dürfe nicht leichtfertig vernachlässigt werden. Im Jahr 2001 rückten die Freiwilligen Feuerwehren insgesamt 3,5 Millionen Mal aus.

Ergebnisse der Fachausschüsse optimal nutzen

226 Männer und Frauen sind in den 14 Fachausschüssen des Verbandes tätig, um fachliche Probleme zu analysieren, Positionen abzustimmen, Lösungen zu entwickeln und Entscheidungsprozesse zu begleiten. Die Ergebnisse der Arbeitstreffen der

Fachausschüsse werden zukünftig regelmäßig als DFV-Empfehlungen veröffentlicht. „Wir holen unsere Facharbeit aus dem stillen Kämmerlein – und setzen künftig bundesweite Standards“, erläuterte der Feuerwehrpräsident.

Auslandseinsätze und Europapolitik

Darüber hinaus wolle der Deutsche Feuerwehrverband künftig deutlich mehr Einfluss als bisher auf die Entwicklung in Europa nehmen. Am 28. Januar 2004 werde der Spitzenverband der deutschen Feuerwehren EU-Abgeordnete bei einem parlamentarischen Abend in Brüssel über die Arbeit und die besondere Leistungsfähigkeit der deutschen Feuerwehren informieren. Kröger wies darauf hin, dass zentralistische Länder wie Frankreich und Spanien es leichter hätten, in Brüssel die Strukturen ihrer Feuerwehrorganisation darzulegen. Die deutsche EU-Vertretung hingegen müsse 16 Ländermeinungen unter einen Hut bringen. Es sei vorteilhaft, so Kröger, dass sein ständiger Vertreter Ralf Ackermann Vize- ▶

präsident des Weltverbandes CTIF (Internationales Komitee für vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen) sei und dass bei ihm die Europaarbeit gebündelt werde.

Besonderes Augenmerk gelte den Einsätzen deutscher Feuerwehrleute im Ausland. „Mit den Berufsfeuerwehren Frankfurt/Main und Hamburg als Koordinierungsstellen hat der DFV eine reibungslos funktionierende Struktur. Ein Ärgernis aber bleibt in den Augen freiwilliger Feuerwehrangehöriger, dass sie im Ausland keinen Versicherungsschutz genießen und deshalb während des Einsatzes die Organisation wechseln müssen“, erklärte Kröger. Er habe in dieser Angelegenheit bereits mit Angehörigen des Bundesinnenministeriums gesprochen. Ferner sagte er, dass das deutsche Feuerwehrwesen vor allem in den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten ein Exportschlager sei.

Umzug nach Berlin

Die Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Feuerwehrverbandes wird am 1. Januar 2006 nach Berlin verlegt. Dies sei aus Gründen der Arbeitseffizienz und der Haushaltskonsolidierung unabdingbar. Der DFV werde von der Berliner Feuerwehr Räumlichkeiten in der Feuerwache Linienstraße (Berlin-Mitte) anmieten. „Im Herzen Berlins ist die älteste Feuerwache Deutschlands der richtige Standort, um unsere Berlin-Aktivitäten bis zum endgültigen Umzug räumlich abzusichern“, so der DFV-Präsident.

Neue Herausforderungen annehmen

Der Deutsche Feuerwehrverband steht in den nächsten Jahren vor einer Reihe von Herausforderungen, um seine Organisation auf die Bedingungen des 21. Jahrhunderts einzustimmen. Dem neuen DFV-Präsidenten, einem bodenständigen Schleswig-Holsteiner mit dem Blick für die Weite des Meeres, und seinem qualifizierten Leitungsteam ist es zuzutrauen, die Modernisierung des größten deutschen Dienstleisters im Zivil- und Katastrophenschutz voranzubringen und das einzigartige Netz der schnellen Hilfe von überwiegend freiwilligen Helfern effektiv zu erhalten. ■

Leuchttürme für

von Klaus Liebetanz, Verden

„Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan“ war das Thema des Befehlshabers des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, Generalleutnant Friedrich Riechmann, beim zweiten ressortübergreifenden Treffen der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 4. November 2003. Lesen Sie im Folgenden eine Zusammenfassung seiner Thesen.

Seit 1990, so begann der Generalleutnant seinen Vortrag, sind die Szenarien sicherheitspolitischen Denkens von einer ganzen Bandbreite militärischer und nicht-militärischer Risiken gekennzeichnet. Es gelte das Paradigma des Stabilitätstransfers: Außen- und sicherheitspolitische Mittel sollen zu Frieden und Sicherheit in der Welt beitragen. Im Vordergrund dieser politischen Bemühungen stünden somit Krisenprävention und Konfliktdeeskalation. Der Einsatz von Streitkräften in einer Konfliktregion – etwa in Afghanistan – sei eine anerkannte gesellschaftliche Maßnahme. Riechmann berief sich dabei auf die Agenda for Peace der Vereinten Nationen, auf die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien und auf das Petersberg-Abkommen.

Agenda for Peace

Eine wichtige Grundlage für den Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland bildet die Agenda for Peace der Vereinten Nationen, in der die VN 1992 die Stärkung ihrer Fähigkeiten und Kapazitäten beschlossen haben, und zwar hinsichtlich

- der vorbeugenden Diplomatie;
- der Friedensschaffung (Peace-Making);
- der Friedenssicherung (Peace-Keeping);
- und der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit (Post-Conflict Peace-Building).

Wer die Agenda sorgfältig lese, so Riechmann, werde erkennen, dass fast jeder Abschnitt, jeder Satz an Erfahrungen der jüngsten, teilweise schmerzlichen Vergangenheit gemahne.

Im Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland von 1994 werde die Agenda for Peace als „Kompass für die Weiterentwicklung der Vereinten Nationen“ bezeichnet. Die Agenda for Peace sei auch heute noch aktuell und mit den Ergänzungen des Brahimi-Reports vom 21. August 2000 auf den neuesten Stand gebracht worden.

Neue Verteidigungspolitische Richtlinien

Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai dieses Jahres trügen den wesentlichen Aussagen der Agenda for Peace Rechnung. So in der Ziffer 44:

„Internationale VN-Friedensmissionen haben sich erheblich gewandelt. Sie reichen von den klassischen Blauhelmissionen über die Konfliktverhütung durch politische Aktivitäten und vorbeugende Truppenstationierung bis hin zum Einsatz bewaffneter Kräfte zur Eindämmung von Konflikten und zur Stabilisierung der politischen Lage. Immer häufiger geht es auch um die Beendigung innerstaatlicher Konflikte und die Wiederherstellung friedlicher Lebensbedingungen für die Bevölkerung. Dafür benötigen Friedensmissionen ausgewogene militärische, zivile und polizeiliche Fähigkeiten.“

Auch die Ziffer 83 bezieht sich auf die Agenda:

„Hilfeleistungen der Bundeswehr werden bei Vorliegen der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen subsidiär bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen im Inland sowie zur Unterstützung humanitärer Hilfsaktionen und Katastrophenhilfe im Ausland erbracht. Solche Hilfeleistungen der Bundes-

r Afghanistan

wehr haben eine neue Qualität gewonnen. Sie werden im In- und Ausland unter Abstützung auf vorhandene Kräfte, Mittel und Einrichtungen gewährt. Als Beitrag zum Wiederaufbau der gesellschaftlichen Ordnung und der Infrastruktur in Krisengebieten können sie als eigenständige Operationen durchgeführt werden. Die Verfahren zur Durchführung derartiger Operationen sind im engen Zusammenwirken mit anderen staatlichen Institutionen und zivilen Hilfsorganisationen weiterzuentwickeln.“

Petersberg-Abkommen

Im Dezember 2001 einigten sich Vertreter der Vereinten Nationen und der afghanischen Bevölkerung im so genannten Petersberg-Abkommen über die Zukunft Afghanistans. In der Anlage I dieses Abkommens wurden die Befugnisse der internationalen Sicherheitstruppe festgelegt. In Ziffer 3 dieses Schriftstücks heißt es: „Diese Truppe wird dazu beitragen, die Sicherheit in Kabul und den umgebenden Gebieten zu gewährleisten. Diese Truppe könnte gegebenenfalls nach und nach auch in anderen Städten und weiteren Gebieten eingesetzt werden.“ Und in Ziffer 4 wird ergänzt: „Es wäre auch wünschenswert, dass diese Truppe Unterstützung beim Wiederaufbau der Infrastruktur Afghanistans leistet.“

Bundeswehr sucht nicht nach neuen Aufgaben

Riechmann betonte, dass die Bundeswehr nicht auf der Suche nach neuen Aufgaben auf dem Gebiet der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit sei. Es sei auch nicht Absicht der Streitkräfte, irgendjemanden zu verdrängen. Das Gegenteil sei der Fall.

So hätten sich im Juni dieses Jahres 79 große internationale Hilfsorganisationen – darunter Save the Children Fund, Oxfam, Human Rights



Generalleutnant Friedrich Riechmann, umringt von afghanischen Schulkindern. Drei Millionen Schulkinder konnten im ersten ISAF-Jahr zur Schule gehen, darunter viele Mädchen, denen die Taliban den Zutritt zur Schule versagt hatten.

Watch, Caritas Internationalis und Pax Christi International – mit einem Aufruf, dem „Call for Security“, an die Internationale Gemeinschaft gewandt. Diese Hilfsorganisationen forderten darin eine Ausdehnung der NATO-Präsenz in Afghanistan, um die Situation der Zivilbevölkerung zu verbessern und ein ungestörtes Arbeiten der Hilfsorganisationen zu gewährleisten.

Keine Sicherheit ohne Aufbauleistungen

Frieden, Entwicklung und ein bescheidener Wohlstand für alle seien nur in einem sicheren Umfeld möglich. Dazu wolle auch die Bundeswehr ihren Beitrag leisten. Riechmann zitierte in diesem Zusammenhang den Bundestagsabgeordneten und sicherheitspolitischen Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Winfried Nachtwei, der in seinem abschließenden Reisebericht über Afghanistan im August dieses Jahres ebenfalls zu dem Ergebnis kam: „Sicherheit und Wiederaufbau bedingen sich gegen-

seitig. Kein Aufbau ohne Sicherheit. Keine Sicherheit ohne sichtbare Aufbauleistungen.“

Projekte, die der einfachen Bevölkerung das Leben schnell und wirksam erleichtern – diese nannte der General „Leuchttürme“. Dazu, so führte Riechmann aus, gehören zum einen der Wiederaufbau von Schulen, Krankenhäusern und Trinkwasseranlagen, aber auch Wirtschaftsförderung, Versorgung der Bevölkerung mit Energie und Wiederherstellung von Bewässerungsanlagen – alles Projekte, die geeignet sind, das Vertrauen der Bevölkerung in eine bessere Zukunft wachsen zu lassen. Längerfristige Projekte sollten mit der zu wählenden neuen Regierung vereinbart werden.

Ausdehnung des Bundeswehreinsatzes

Die bisher geleistete Unterstützung solle sich nicht auf Kabul und die nähere Umgebung der Hauptstadt beschränken. Stattdessen müsse sie auf ganz Afghanistan ausgedehnt wer- ►

den, um positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen zu ermöglichen und den politischen Prozess nicht zu gefährden. Auf Grund der nach wie vor fragilen Sicherheitslage bedürfe es hierfür noch immer militärischen Schutzes in allen Regionen des Landes.

Andererseits seien sich die Soldaten sehr wohl bewusst, dass der Erfolg ihres Einsatzes wesentlich von einer großen deutschen und internationalen zivilen Initiative abhängig sei. Die Bundeswehr könne mit ihren militärischen Partnern das zivile Umfeld zwar sicherer machen; aber sie könne den Frieden nicht allein gestalten. Mit anderen Worten: Ohne ein verstärktes ziviles Engagement in Afghanistan wäre auch ein Einsatz der Streitkräfte letztlich zum Scheitern verurteilt.

Erfahrungen der Bundeswehr

Nach 23 Jahren Krieg und Bürgerkrieg sei die Stabilisierung Afghanistans auf der Grundlage des Petersberg-Abkommens ein gutes Stück vorangekommen. Das Land verfüge über eine legitimierte Übergangsregierung, einige Provinzgouverneure seien ausgewechselt, und Ismael Khan habe sich vom Posten des Kommandierenden Generals zurückgezogen. Auch die erfolgreiche Währungsreform, die Rückkehr von fünf Millionen Kindern in die Schulen und die freiwillige Rückkehr von circa zwei Millionen afghanischer Flüchtlinge seien Belege für einen Aufschwung des Landes.

Auch die unmittelbare militärische Unterstützung habe Erfolge vorzuweisen:

- Neben der Kernaufgabe von ISAF (International Security Assistance Force), so genannten „Security Operations“, unterstützte ISAF zahlreiche öffentliche Ereignisse und Vorhaben in Kabul.

- ISAF entwickelte ein maßgeschneidertes Ausbildungsprogramm für die afghanische Polizei auf der Straße. Die „International Police Training Mission“ wird das Programm weiterführen.

- ISAF trägt zur Festigung der Beziehungen zwischen dem German Police Project und der afghanischen Border Police bei.

- Derzeit wird die Spezialisten-Ausbildung für die Afghanische Nationalarmee (Afghan National Army ANA) weiterentwickelt

- Die Bundeswehr arbeitete erfolgreich beim Wiederaufbau von Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten sowie der Polizei-Hauptquartiere mit – entsprechend der im Petersberg-Abkommen als wünschenswert beschriebenen Unterstützung.

Dauerhafte Sicherheit noch nicht erreicht

Trotz aller bisherigen Erfolge, sagte Riechmann, sei das Ziel eines stabilen, sicheren und auf Dauer lebensfähigen Staates, der nicht erneut zu einem „sicheren Hafen“ für Terroristen wird, noch nicht erreicht. Viele Bemühungen um weitere Fortschritte seien bislang an inner-afghanischen Machtkämpfen und unterschiedlichen ethnischen und religiösen Grundvorstellungen der einzelnen Volksstämme gescheitert. So könne beispielsweise das Fiskalmonopol des Staates von der Zentralregierung bislang nur unzureichend umgesetzt werden. Mächtige regionale Machthaber in den Provinzen setzten die von ihnen erzielten Einnahmen nach Gutdünken ein. Deshalb verfüge die Regierung in Kabul nicht über genügend Mittel zum Aufbau eines Gewaltmonopols in Form einer einsatzbereiten Armee oder einer funktionierenden Polizei, was

wiederum ihre mangelnde Durchsetzungskraft gegenüber den regionalen Machthabern bedinge.

Zivile Aufbauhilfe unter militärischem Schutz

Für ein stabiles, lebensfähiges Afghanistan sei es daher unverzichtbar, dass sich staatliche Ordnung und wirtschaftliche Entwicklung über das ganze Land ausdehnen. Die USA hätten hierzu im Rahmen der Operation Enduring Freedom das Konzept der so genannten „Provincial Reconstruction Teams“ oder „PRTs“ entwickelt, in denen unter begrenztem militärischen Schutz zivile Wiederaufbauhilfe geleistet werden soll. Diese PRTs, so Riechmann, machten den Wiederaufbau des Landes für die einheimische Bevölkerung nachvollziehbar. In jeder der acht UNAMA-Regionen Afghanistans (United Nation Mission in Afghanistan) solle so der Einfluss der Zentralregierung in Kabul gestärkt und der politische Prozess zur Stabilisierung des Landes voran gebracht werden.

Bundestag beschließt weiteren Einsatz

Am 24. Oktober 2003 beschloss der Bundestag, dass die deutsche Beteiligung bei den internationalen Wiederaufbaumühnungen fortgesetzt und ausgeweitet werden soll, und zwar in Form eines erweiterten zivilen und militärischen Engagements

Erwartungen an Partner und Akteure des Friedensprozesses

- Sie sollten möglichst früh zusammenarbeiten und sich abstimmen. Die deutschen Kräfte, die sich am Friedensprozess in Afghanistan beteiligen, sollten sich so organisieren, dass ihre Strukturen so transparent wie möglich sind, und zwar nicht allein in Bezug auf die technisch-organisatorische Koordination, sondern auch hinsichtlich der Grundsätze und Standards ihrer Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen.
- Sie sollten ideologische Bedenken zurückstellen.
- Sie sollten danach streben, ihre Gegenseite gut kennenzulernen und so Vorurteile und Berührungsängste verringern.
- Sie sollten bürokratische Zuständigkeitsantworten vermeiden.
- Sie sollten eventuell vorhandene Ressortegoismen zurückdrängen.

Mit diesem Konzept ist es möglich, mit begrenzten Kräften große Wirkungen zu erzielen und die Lebenssituation der Menschen vor Ort rasch, deutlich und nachhaltig zu verbessern.

in der Region Kunduz. Vorausgegangen war auf Bitten der afghanischen Regierung und auf deutsche Initiative ein Beschluss der VN, das Engagement der ISAF auf ganz Afghanistan auszuweiten. Auch die NATO hatte sich grundsätzlich bereit erklärt, diese Aufgabenstellung im Rahmen ihrer Führungsfunktion für ISAF anzunehmen. Die ersten 27 Soldaten trafen am 25. Oktober in Kunduz ein, um die schrittweise Verlegung weiterer Kräfte vorzubereiten.

Riechmann erklärte, dass die Bundesregierung den Grundgedanken des US-amerikanischen PRT-Ansatzes ins Konzept der „ISAF-Insel Kunduz“ aufgenommen habe, jedoch eine wesentlich stärkere zivile Komponente vorsehe. Polizeiexperten des Bundesinnenministeriums würden sich um die Aufstellung, Ausbildung und Einsatzbereitschaft der Polizeikräfte bemühen, Beamte des Auswärtigen Amtes sollten den politisch-administrativen und rechtsstaatlichen Entwicklungsprozess begleiten und fördern, während Experten aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit für die wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich zeichnen.

Die Komponente Bundeswehr werde in diesem ressortübergreifenden Team zur Erhöhung der Stabilität und Schaffung eines sicheren Arbeitsumfelds im Einsatzraum sowie zur Ausdehnung des Einflusses der Zentralregierung oder ihrer Nachfolgeorganisation beitragen.

Darüber hinaus sei es Absicht:

- den DDR-Prozess (Disarmament – Demobilization – Reintegration) durch Nachrichtengewinnung, Aufklärung und Monitoring zu unterstützen;
- Angehörige der ANA künftig mit „Embedded Trainers“ auszubilden;
- zur Überwachung eines geordneten Wahlverfahrens beizutragen.

Stärke und Auftrag des militärischen Teils

Die Personalstärke der militärischen Komponente werde circa 250 Soldaten betragen. Bis zu 100 Soldaten würden Verbindung mit den Gouverneuren der vier Provinzen um Kundus, den entsprechenden militärischen Führern und dem Polizeichef

halten. Die restlichen Soldaten seien damit beschäftigt, Informationen zu sammeln, zu verarbeiten und dem gesamten PRT unter Federführung des Auswärtigen Amtes zur Verfügung zu stellen. Außerdem gebe es einen Radiosender für die Afghanische Bevölkerung und die zivilen Helfer. Die Bundeswehrkräfte beteiligten sich am Wiederaufbau nur als instrumentelle, subsidiäre Aufgabe, das heißt als eine den primär militärischen Zielsetzungen untergeordnete Funktion (*Force Protection, Akzeptanzerhöhung*).

Eigene größere Hilfsprojekte der Bundeswehr seien von der weiteren Entwicklung von Projekten ziviler Helfer abhängig. Die zivil-militärische Zusammenarbeit solle der Koordinierung und/oder Sicherstellung von Unterstützungsleistungen für das zivile Umfeld dienen. Die Schutzleistung für die zivilen Wiederaufbaumaßnahmen könne die Weitergabe/Verbreitung von Informationen über verminten Gebiete, regelmäßige Informationen über die Sicherheitslage und sich entwickelnde potenzielle Krisen sowie bei Bedarf die Gewährleistung des „Freedom of Movement“ umfassen.

General Riechmann betonte ausdrücklich, dass die Bundeswehr nicht daran denke, Personal von Internationalen Organisationen und Hilfsorganisationen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ständig militärisch zu begleiten und zu sichern. Diese Organisationen würden jedoch wie die Bevölkerung von dem sichereren Umfeld profitieren. Darüber hinaus erhielten sie im Notfall Unterstützung seitens der Bundeswehrsoldaten – einschließlich einer hoch qualifizierten medizinischen Komponente.

Konzert aller zivilen und militärischen Kräfte

Der Einsatz Deutschlands für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan fordere eine konzertierte Aktion aller zivilen und militärischen Kräfte der am Friedensprozess Beteiligten, den genannten Bundesministerien, den staatlichen und zivilen Hilfsorganisationen und der Bundeswehr, um eine nachhaltige politische und wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Krisenregion zu erreichen.

In solchen komplexen Situationen dürfe es nicht um Konkurrenz gehen, sondern darum, dass die militärischen/polizeilichen und zivilen/humanitären Elemente einander ergänzen.

Afghanen müssen ihre Probleme selbst lösen

General Riechmann betonte mehrfach, dass die Afghanen und insbesondere die in naher Zukunft gewählte Zentralregierung ihre Probleme wie Drogenbekämpfung und Kriminalität selbst lösen müssten. Die internationale Gemeinschaft leiste allerdings Unterstützung beim Aufbau geeigneter Polizeikräfte, rechtstaatlicher Institutionen und eigener Streitkräfte. Die persönliche Erfahrung, dass sich Frieden lohnt, ließe die Unterstützung für politische Reformen und die Regierung in Kabul wachsen und trage zum Entstehen eines funktionsfähigen, stabilen Staates Afghanistan bei.

Riechmann ging davon aus, dass sich langfristig eine „Schiefe Ebene“ zu Gunsten der Zentralregierung abzeichnen wird. Mit jedem Monat, in dem die Aufbauarbeit Erfolge zeitigt, werde die Situation für die Zentralregierung und das gesamte Land stabiler. Deutsche Streitkräfte, ihre Verbündeten und die Masse der zivilen Helfer sollten Afghanistan erst verlassen, wenn die politische und wirtschaftliche Situation im Lande stabil und unumkehrbar geworden sei. Der General räumte allerdings ein, dass die Situation in Afghanistan ungleich schwerer sei als auf dem Balkan. Dies läge nicht zuletzt an dem großen kulturellen Unterschied der Regionen.

Die Menschen in Kunduz, sagte Riechmann, setzen große Hoffnung auf ein deutsches Engagement in der Region. Deutsche Helfer und Soldaten seien dort äußerst willkommen. Dies sei eine gute Ausgangsposition für effektive Hilfe. Diese enorme Erwartungshaltung berge aber auch die Gefahr einer Enttäuschung, wenn die deutsche und internationale zivile Hilfe zu schwach ausfiele und/oder zu lange auf sich warten ließe. Die Ausführungen des Generals endeten mit einem Plädoyer für eine große deutsche Anstrengung. „Die Menschen in Afghanistan haben diese Hilfe verdient.“ ■

Frieden schaffen nur mit Waffen?

von Sozialdirektor a.D. Michael Hütte, Berlin

Eigentlich wissen wir es schon seit mehr als zwanzig Jahren: Ob im Libanon, Somalia, im Kongo, in Ruanda, in Angola und Liberia - der moderne Krieg entgleitet seinen klassischen Akteuren, den Streitkräften und Staatsgewalten feindlicher Mächte. Auf eindrucksvoll schreckliche Weise bestätigt sich dies gegenwärtig im Irak, während in Afghanistan die Frage weiterhin offen ist, ob es gelingen wird, staatlicher Autorität im ganzen Lande Geltung zu verschaffen.

Der Politologe Herfried Münkler von der Berliner Humboldt-Universität hat mit seinem Buch „Die neuen Kriege“ erstmalig eine Analyse jener entgrenzten Kriege, ihrer Akteure und Folgen sowie der Möglichkeiten zu ihrer Eindämmung vorgelegt, die auch für die breite Öffentlichkeit verständlich ist.

Münkler beschreibt die neuen Kriege zumeist als Bürgerkriege, in denen unterschiedliche Parteien, die politisch nicht fassbar sind, um Ressourcen und/oder Ideologien kämpfen. Dabei werden diese Kämpfe, selbst wenn sie von einer Interventionsmacht zunächst gewaltsam militärisch beendet werden können, in anderer Form – etwa in mafiosen Strukturen, in Drogenhandel oder Terror – fortgesetzt; der Krieg schwelt weiter.

In einer solchen Konfliktstruktur werden fast alle Instrumente jener über viele Jahrhunderte mühsam gewachsenen Humanisierung des Krieges wirkungslos: Schutzrechte für Kombattanten und Nichtkombattanten, ja das gesamte humanitäre Völkerrecht ebenso wie die politisch kontrollierbare Vereinbarungsmächtigkeit der Kriegsparteien für Waffenstillstand oder Friedensschluss. Frieden ist als Zustand politischer Kontrolle nicht mehr herstellbar, allenfalls als zeitlich befristeter Zustand des Ausschlusses militärischer Gewalt.

Daraus ergeben sich zunächst Konsequenzen für den Friedensbegriff selbst: Frieden ist nicht mehr nur

die Abwesenheit systematisierter militärischer Gewaltanwendung, sondern bedingt das Vorhandensein einer völkerrechtlich fassbaren politischen Ordnung mit einem auf die Vermeidung von Willkür, Unterdrückung und gewaltsamer Vorteilsnahme ausgestatteten Gewaltmonopol. Frieden bedingt letztlich eine funktionierende Zivilgesellschaft.

Dies wiederum hat Folgen für die taktischen und die strategischen Kriegsziele jeder Interventionsmacht. In den neuen Kriegen ist die Beendigung der organisierten Kämpfe zwischen Konfliktparteien nur die halbe Miete: Gelingt es nicht innerhalb kurzer Zeit, die drängendsten humanitären Probleme im Konfliktgebiet zu lösen und der Zivilbevölkerung den „neuen Frieden“ durch rasche Maßnahmen der Grundbedarfsdeckung (Nahrung, Wasser, Obdach, Gesundheit, Basisinfrastruktur, Einkommen) attraktiv erscheinen zu lassen, wird schließlich auch der zivilgesellschaftliche Aufbau lokaler, regionaler und nationaler Strukturen und damit die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität verzögert, so ist der Übergang in einen so genannten schwelenden Konflikt fließend. Die Konsequenzen sind entweder lang andauernde und teure Besatzungsmissionen oder aber sogar das Scheitern einer militärischen Friedensmission insgesamt.

Die klassische „Arbeitsteilung“ – aber auch die strikte institutionelle Trennung zwischen Streitkräften – Waffeneinsatz zur Durchsetzung mi-

litärischer Ziele (Frieden) – und humanitären, zivilen Organisationen – Humanitäre Hilfe, zivilgesellschaftlicher Aufbau und „Nation Building“ – ist im entgrenzten und schwelenden Krieg obsolet geworden. Im Niemandsland staatlichen Machtzerfalls, in den Einflusszonen von Warlords, mafiosen Vereinigungen und terroristischen Gruppen verfällt die Wirkungsmächtigkeit rein zivil organisierter Humanitärer Hilfe. Diese basiert nämlich auf einer Akzeptanz grundlegender humanitärer Prinzipien (Schutz der Zivilbevölkerung, Nichtangreifbarkeit ihrer Einrichtungen und Dienste, Vorhandensein kampffreier Zonen), die im neuen Krieg nicht mehr gewährleistet ist.

Im Nordirak war es zu Beginn der neunziger Jahre zivilen humanitären Organisationen nur deshalb möglich, die Kurden zu schützen, weil ihre Operationen nachhaltig und direkt vom Militär abgesichert wurden. Wenn nach dem Anschlag auf die Delegation in Bagdad nun sogar eine altherwürdige und keineswegs für ängstliche Überreaktionen bekannte humanitäre Institution wie das IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) seine Tätigkeit im Irak erheblich reduziert und den Mitarbeiterbestand von ehemals 200 auf circa 20 heruntergefahren hat, so wird deutlich, an welchem Scheideweg die Humanitäre Hilfe im modernen Krieg steht.

Die Schaffung befriedeter und sicherer Zonen inklusive des Schutzes und der Grundbedarfsversorgung für die Zivilbevölkerung und schließlich auch die Einbeziehung der Menschen in all diese Maßnahmen mit dem Ziel, Grundlagen neuer zivilgesellschaftlicher Ordnung zu entwickeln, kann in diesen Kriegen nur als Bestandteil des friedensschaffenden Auftrages der Streitkräfte gelingen. Sie selbst benötigen dafür entsprechende Kernkompetenzen.

Militärische Aufgaben im zivilen Bereich

Die vorzügliche militärische Logistik muss lernen, Versorgungsaufgaben im zivilen Bereich auszuführen, ohne dass (wie im Irak) die Konvois geplündert werden. Sie wird auch lernen müssen, sichere Zonen, Auffanglager und Camps nicht nur zu errichten, sondern mit sozialer und interkultureller Kompetenz – und womöglich gemeinsam mit humanitären Agenturen – auch zu betreiben. Sanitätssoldaten werden sich verstärkt mit Präventivmedizin, Kinderheilkunde und Seuchenschutz befassen müssen, und Pioniere müssen zu Infrastrukturfachleuten ausgebildet werden.

Dies ist kein Plädoyer für eine waffentragende Sozialarbeiterarmee, sondern die nüchterne Feststellung, dass es an der Zeit ist, die Leistungsfähigkeit der so genannten zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC) auch bei der Bundeswehr einer Revision zu unterziehen. Gleichzeitig muss der Standort humanitärer Organisationen – insbesondere der so genannten Nicht-Regierungsorganisationen – hinsichtlich ihrer eigenständigen Wirkungsmächtigkeit in den neuen Kriegen und ihrer Zusammenarbeit mit oder ihrer Abgrenzung vom Militär neu bestimmt werden.

Soweit die Bundeswehr betroffen ist, entsteht bei der konkreten humanitären Zusammenarbeit im Felde (wie zum Beispiel im Kosovo 1999/2000) gelegentlich der Eindruck, dass die zivil-militärische Zusammenarbeit, womöglich unter dem Einfluss der NATO-Bündnispartner, auf eine Marketing-Operation für sympathische Erscheinungsbilder von Soldaten reduziert worden ist.

Schlimmer noch: Die offensichtliche einmalige nationale politische Fehlentscheidung in Deutschland, die der Bundeswehr 1999/2000 in Mazedonien entgegen der Ressortverteilung in der Regierung eine Allzuständigkeit für die bilaterale Humanitäre Hilfe zuschrieb, musste die Streitkräfte fachlich und politisch überfordern.

Die Entwicklung eigener humanitärer und zivilgesellschaftlicher Kernkompetenz im Aufgabenbereich CIMIC bei der Bundeswehr – vor allem

durch die Einbeziehung ziviler Fachberater und Ausbildungsanpassungen – wäre der notwendige Schritt, um den Herausforderungen der „neuen Kriege“ besser begegnen zu können. Außerdem könnte die Bundeswehr dann als fachkundiger Handlungspartner der humanitären Organisationen ihren Beitrag zu einer verbesserten Vernetzung und Aufgabenteilung in der gemeinsamen Aufgabe – nämlich Frieden zu schaffen – effektiver und effizienter leisten.

Ein wesentlicher Aspekt in Münklers Buch „Die neuen Kriege“ betrifft den Missbrauch humanitärer Hilfeleistungen durch die Konfliktparteien. Güter und Dienstleistungen insbesondere der Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) werden in die Kriegswirtschaft der Konfliktgegner einbezogen. Diese bauen damit solide logistische Versorgungsbasen auf und verlängern so die Konflikte. Münkler beschreibt einleuchtend und nachvollziehbar, wie sich die Konfliktparteien an der Humanitären Hilfe bereichern beziehungsweise wie sie Propaganda betreiben, um weitere Hilfslieferungen zu stimulieren, die dann nicht der notleidenden Bevölkerung, sondern kriegstreibenden Warlords zu Gute kommen.

Die wichtigsten Ansätze der NGO zur Verhinderung eines derartigen Mißbrauchs bestehen in einer möglichst weitgehenden Integration seriöser lokaler Partnerorganisationen in die zivilgesellschaftlichen Kernstrukturen im Konfliktgebiet sowie in der Vorortpräsenz eigener Beauftragter. So praktiziert dies etwa das Rote Kreuz. Allerdings bedingen auch diese Ansätze ein Mindestmaß an Sicherheit in der jeweiligen Operationszone, die die humanitären Akteure allein nicht gewährleisten können.

Kontraproduktive Abgrenzungsdebatte

Die von einigen deutschen humanitären Organisationen anlässlich der beschlossenen Ausweitung des Bundeswehr-Mandats in Afghanistan auf die Region Kundus losgetretene Abgrenzungsdebatte zwischen militärischem Einsatz und unabhängigem humanitären Mandat der Organisati-



„Die Neuen Kriege“ von Herfried Münkler erschien 2002 bei Rowohlt und kostet 19,90 Euro.

onen ist in diesem Zusammenhang nicht nur wenig hilfreich; sie ist absolut kontraproduktiv!

Solange die humanitären Agenturen für ihr Handeln in den neuen Konfliktgebieten der entgrenzten Kriege jenes Mindestmaß an Sicherheit zu Recht verlangen, solange werden sie mit legitimierte Friedenstruppen (Völkerrechtsmandat durch UN) kooperieren müssen. Ansonsten sind sie auf diesen Kriegsschauplätzen künftig zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Sinnvoller wäre es, zusammen nach neuen Wegen zur Realisierung des gemeinsamen Friedensauftrages unter Wahrung des jeweiligen Status zu suchen. „No weapons“-Aufkleber allein werden den neuen Anforderungen entgrenzter Kriege jedenfalls nicht gerecht.

Dass diese Diskussion jetzt geführt werden muss, macht ein grundsätzlicher Widerspruch in Münklers Buch mehr als deutlich: Einerseits geht es ihm bei den Eindämmungsstrategien für diese Konflikte vor allem um den Export von Stabilität und Wohlstand; andererseits sieht er zukünftig neben dem Militär vorrangig die Geheimdienste, die Polizei und „Special Forces“ an der entgrenzten Front. Diese hochverdienten Institutionen werden aber mit Sicherheit nicht die für Stabilität und Wohlstand erforderlichen zivilgesellschaftlichen Strukturen und das „Nation Building“ befördern – dazu bedarf es neben einem erweiterten militärischen Sicherheitsbegriff auch weiterhin starker und leistungsfähiger humanitärer Organisationen.

Kontakt: Michael Hütte, Zwinglstr. 33, 10555 Berlin, E-Mail: soz-con@snafu.de ■

Terrorismus

Grundsätzliche Überlegung

von Dirk Freudenberg, AKNZ, Ahrweiler (Der erste Teil dieses Beitrags – Was ist Krieg heute? – erschien in der Notfallvorsorge 3/2003)

Die Definition des Terrorismus gestaltet sich als außerordentlich schwierig. Es wird sogar die Ansicht vertreten, „die semantische Wortklauberei habe die zweckbestimmte Theorie überflügelt“ (Samuel P. Huntington: „Der Guerillakrieg in Theorie und Politik“) und sei „schon bis zur Langeweile durchgekauft.“ (Lawrence Freedman: „Die Auswirkungen des Terrorismus auf die internationale Sicherheit“) Zudem decken sich die Kategorien politischer und historischer Analyse nicht mit denen polizeilicher, juristischer und amtspsychologischer Beschreibungen. Eine zusätzliche Schwierigkeit bei der Erfassung des Phänomens liegt in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen.

Teil 2: Definition des Terrorismus

Für den Begriff „Terrorismus“ gibt es zur Zeit weder auf der Ebene der Vereinten Nationen noch auf wissenschaftlicher Ebene eine einheitliche Definition. Dennoch werden an die Existenz des Terrorismus zum Teil konkrete Rechtsfolgen gebunden. Bereits im Jahre 1937 wurden in einem ein durch den Völkerbund erarbeiteten Übereinkommen Terrorakte als „kriminelle Taten, die gegen einen Staat gerichtet sind und das Ziel verfolgen, bestimmte Personen, eine Gruppe von Menschen oder die Allgemeinheit in einen Zustand der Angst zu versetzen“, beschrieben. Diese Konvention ist allerdings nie in Kraft getreten.

Terrorismus wurde für die Vereinten Nationen erst zu Beginn der 70-er Jahre wieder virulent. Einem VN-Entwurf einer Konvention zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus waren zahlreiche Flugzeugentführungen, Geiselnahmen, Anschläge auf Diplomaten und insbesondere der Überfall auf die israelische Olympiamannschaft in München 1972 vorausgegangen. Dieser amerikanische Vorschlag wurde vor allem von den Entwicklungsländern und den arabischen Staaten abgelehnt. Diese waren der Auffassung, dass die Bekämpfung des internationalen Terrorismus lediglich

darauf abzielte, den legitimen Kampf von Befreiungsbewegungen als Terrorismus zu brandmarken und zu verhindern. Man sah darin den Versuch des „neokolonialistischen Westens“, den Kampf gegen die Kolonialmacht nachträglich als Verbrechen einzustufen. Das im 20. Jahrhundert vereinbarte Selbstbestimmungsrecht der Völker hatte eine gewisse Dynamik in das Völkerrecht gebracht und zugleich viele Fragen aufgeworfen, die insbesondere mit der gewaltsamen Verwirklichung dieses Rechtes zusammenhängen.

Interessenkonflikt bei Einordnung und Bestimmung

Die überwunden geglaubte Lehre vom gerechten Krieg lebte mit dem nationalen Befreiungskampf wieder auf. Die Differenzierung zwischen einer „gerechten“ und einer „ungerechten“ Gewaltanwendung kann in der gegenwärtigen Verfassung der Staatenwelt die Friedlosigkeit nicht überwinden. Insofern gibt es heute mehr als hundert verschiedene Terrorismus-Definitionen.

Bei der Bewertung, ob eine Person oder eine Gruppe als terroristisch einzustufen ist, kommt es in der Praxis auf die jeweilige Perspektive beziehungsweise das konkrete Interesse des Beurteilenden an. Insofern

hängt eine solche Einstufung oftmals von der Unterstützung und Zusammenarbeit beziehungsweise ihrer fallweisen Nutzung durch interessierte Staaten ab. Diese könnten Terrorismus als „Ersatzkrieg“ einsetzen, um andere Staaten zu schädigen oder zu beeinflussen, ohne die Schwelle eines offenen Kampfes zu erreichen und ohne selbst als Beteiligte in Erscheinung zu treten. Insofern liegt die Schwierigkeit zunächst darin, den Begriff des Krieges zu fassen.

Was sagt das Völkerrecht?

Das klassische Kriegsvölkerrecht geht von einer scharfen Trennung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten aus. So sollen im Kriegsfall die Gewaltanwendung auf einen bestimmten Personenkreis beschränkt bleiben, die Zivilbevölkerung geschützt und der chaotische Volkskrieg vermieden werden. Aufständische Organisationen oder „kriegführende Parteien“ können nur eine partielle Völkerrechtssubjektivität erlangen, wenn sie eine de facto-Herrschaft erlangt haben, indem sie sich in einem bestimmten Gebiet längere Zeit behaupten, also ein Territorium effektiv beherrschen.

Die Haager Landkriegsordnung von 1899 und 1907 unterstellte die Freischärler dem Kriegsrecht. Zugleich wurden die Bewohner eines unbesetzten Gebietes, die beim Herannahen eines Gegners zu den Waffen griffen, als Teil der kriegführenden Macht anerkannt. Die vier Genfer Abkommen vom 12. August 1949 und die zwei Zusatzprotokolle von 1977 bezogen auch organisierte Widerstandsgruppen im besetzten Gebiet in das Kriegsrecht mit ein, gesetzt dem Fall, dass sie über einen verantwortlichen Führer und ein bestimmtes, aus der Ferne erkennbares Zeichen verfügen, ihre Waffen offen tragen und sich erkennbar an

en zu einem komplexen Phänomen

die Regeln und Gebräuche des Krieges halten. Allerdings gilt dies nur für den offenen Kampf.

Was bedeutet diese Unterscheidungspflicht tatsächlich? Sie löschte eines der ursprünglichen Merkmale der Guerilla aus, nämlich „irregulär“ zu sein, und verschuf ihr den Status des Regulären, legalisierte und legitimierte sie also. Gleichzeitig wurden die wesentlichen Unterscheidungen von Krieg und Frieden, Militär und Zivil, Feind und Verbrecher, Staatenkrieg und Bürgerkrieg in Frage gestellt. Somit wurde einer Art von Krieg die Tür geöffnet, die die klare Trennlinie zwischen legalem Kombattant und Partisan bewusst durchlöchert.

Woher kommt der Terrorismusbegriff?

Der Begriff des „Terrorismus“ lässt sich historisch in die Zeit der französischen Revolution zurückverfolgen. Die Schreckensherrschaft Robespierres und des Direktoriums wurde damals mit dem Wort „terreur“ umschrieben. Seither versteht man unter Terrorismus umgangssprachlich ein System, das auf Angst basiert; vielfach werden auch politisch motivierte Gewalttaten im weitesten Sinne so bezeichnet.

In der Literatur wird verschiedentlich zwischen „Terror“ als staatlicher Schreckensherrschaft und „Terrorismus“ als einer bestimmten Form des Angriffs gegen den Staat und die staatliche Ordnung unterschieden. Terror umfasst demnach Techniken systematischer Gewaltanwendung im Dienste der Erhaltung des Herrschaftssystems: Terrorismus bedeutet die Erzeugung von Furcht und Schrecken mit dem Ziel, die bestehende gesellschaftlich-politische Ordnung auszuhöhlen und umzuwälzen.

Andere Autoren unterscheiden zwischen „Terror von oben“ und „Terror von unten“. Als eine im Dienste

extremistischer Ziele stehende Methode, die zur Festigung oder Destabilisierung und Beseitigung politischer Herrschaft systematisch massive Machtmittel einsetzt, kann in totalitären Systemen „Terror von oben“ gängige Herrschaftspraxis sein. Solcher Staatsterrorismus ist Missbrauch staatlicher Macht, da hier ein Völkerrechtssubjekt gegen das Gewaltverbot und die Menschenrechte verstößt. Der von Privaten oder Gruppen ausgehende Terrorismus richtet sich gegen die staatliche Ordnung, wobei es zu Überschneidungen kommen kann, wenn Staaten terroristische Aktionen Privater unterstützen.

Behandelt man das Phänomen Terrorismus hinsichtlich seiner Erscheinungsform – der Erzeugung von Schrecken –, lässt sich Terrorismus zunächst wie folgt definieren: Terrorismus ist jedes nach innerstaatlichem Recht und Völkerrecht rechts-

widrige kriminelle Verhalten von Individuen beziehungsweise einer Gruppe von Individuen, das subjektiv darauf gerichtet ist, mit dem Mittel der Angstverbreitung (gesellschafts-)politische Ziele beziehungsweise Veränderungen zu erreichen.

Terrorismus sind planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund, die allgemeine Unsicherheit und Schrecken, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen sollen.

Abgrenzung zu anderen Erscheinungen

Terrorismus wird oftmals mit Guerillakrieg gleichgesetzt oder synonym verwendet. Allerdings ist der Terrorist im internationalen Verständnis ein Straftäter nach nationalem Recht. Ei-



Wir kennen das Gesicht des Terrors – aber so vielfältig die Spekulationen sind, die sich um seinen Aufenthaltsort ranken, so weitverzweigt sind die Ansätze zur Definition des Terrorismus-Begriffes.

Terroris

nige Länder schufen sich in Ermangelung eines einheitlichen, international gültigen Begriffs pragmatische, eigene Definitionen des Terrorismusbegriffs, die sie in Gesetzen und militärischen/polizeilichen Handbüchern formuliert haben.

Irreguläre Kräfte kämpfen verdeckt

Die Bundeswehr hat den Terminus des Terroristen gemeinsam mit denen des Partisanen, der Guerilla, bewaffneter Banden, organisierter Kriminalität und verdeckt kämpfender Kräfte unter dem Begriff „Irreguläre Kräfte“ subsumiert. Irreguläre Kräfte verfolgen in der Regel mit oder ohne staatliche Lenkung politische Ziele und unterscheiden sich im bewaffneten Kampf selten in der Wahl ihrer Mittel und Methoden. Der Terminus „irregulär“ grenzt sie also nach rechtlichen Kriterien zu den Kräften ab, die „regulär“ – sprich: nach den Regeln des Krieges – operieren. In der Bezeichnung „irregulär“ steckt auch eine rechtliche Wertung.

In völkerrechtlicher Hinsicht muss jedoch der nationale Befreiungskrieg von Terrorismus, Guerilla beziehungsweise Partisanenkampf abgegrenzt werden, da der internationale Terrorismus nicht vom humanitären Völkerrecht erfasst wird. Für Werner Hahlweg sind Guerilla-, Partisanenkrieg, Kleiner Krieg und der verdeckte Kampf Bezeichnungen für ein und dieselbe Form einer bestimmten bewaffneten Auseinandersetzung. Einen Guerilla-, Partisanen- oder Kleinkrieg praktiziert derjenige, der dem Gegner unterlegen ist oder sich zumindest als Unterlegener fühlt und sich in einer Zwangslage befindet, aus der heraus er glaubt, den bewaffneten Kampf führen zu müssen. Terrorismus und Freiheitsbeziehungsweise Partisanenkampf entwickeln sich dort, wo reguläre konventionelle Kriegsführung die eigenen Kapazitäten übersteigt; quasi als Ausweichmanöver, um die für konventionelle Kriege typischen massiven Truppenkonzentrationen zu vermeiden.

Einige Definitionsansätze unterscheiden den Terroristen vom Gue-

rilla-, Freiheitskämpfer und Partisanen. Der Guerillakampf wird dabei als militärische Strategie gesehen, die auf Belästigung, Einkreisung und Vernichtung des Gegners zielt. Terrorismus stellt in dieser Sichtweise im Gegensatz dazu eine Kommunikationsstrategie dar: Gewalt wird nicht primär auf Grund ihres Zerstörungseffektes, sondern als „Signal“ eingesetzt, um eine psychologische Öffentlichkeitswirkung zu erzielen. Insofern stellt Terrorismus eine Art der Aggression dar, die darauf zielt, Angst, Nervosität, Hysterie auszulösen, um die Angegriffenen zur Änderung ihres Verhaltens zu veranlassen – und zwar dahingehend, für den Terroristen zu tun, was er auf Grund seiner Schwäche nicht unmittelbar selbst erreichen kann. Folglich ist Terrorismus eine aufs Äußerste zugespitzte Form psychologischer Kriegsführung.

Partisan – Guerillero – Terrorist?

Die Bezeichnung „Guerilla“ (spanisch „kleiner Krieg“) bezeichnet den Kampf kleiner (irregulärer) Verbände gegen eine feindliche Armee, Besatzungsmacht oder die eigene Regierung; zugleich dient er zur Bezeichnung dieser Verbände selbst. Der Kleinkrieg steht im Gegensatz zum großen Krieg. Die Unterscheidung von „Groß“ und „Klein“ betrifft nur mittelbar die Dimension von Zeit und Raum und meint Strategie und Taktik der militärischen Aktion. Guerilla-Kämpfer richten sich mit bewaffneten Aktionen gegen die bestehende Staatsmacht, um diese zu stürzen und die inneren Verhältnisse des Staates neu zu ordnen. Dabei respektieren sie prinzipiell – ungeachtet ihrer irregulären Kampfweise – die Scheidelinie zwischen Kombattanten und Zivilisten. Terroristen hingegen scheuen sich nicht, beliebige Zivilpersonen zu Trägern ihrer blutigen Botschaften zu machen.

Der Begriff des Partisanen – des kämpfenden Parteigängers – leitet sich aus Kampfformen des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges ab. Partisanen sind ein politisch organi-

sierter und bewaffneter Teil der Bevölkerung, der gegen fremde Truppen im eigenen Land kämpft. Der Partisan ist also nach klassischer Auffassung Angehöriger eines vom Feind eroberten Landes. Er ist kein Soldat und fällt also nicht unter Kriegsrecht. Insofern ist der Partisanenkrieg ein Volkskrieg, in dem sich das unterdrückte Volk gegen Fremdherrschaft, Willkürherrschaft und Tyrannei auflehnt.

Am Anfang ist oft Terror

Partisanen- und Guerillaverbände organisieren sich zu Beginn eines bewaffneten Konfliktes häufig als Terrorgruppen. Guerilleros betrachten den Terrorismus als eine Unterform ihrer Kampfmöglichkeiten, zumindest so lange, wie sich der Guerillakampf nicht ausreichend stabilisiert hat. Mithin ist die Identität dieser Kämpfer im weiten Bereich gewaltsamer Konfliktaustragung zu finden, also irgendwo zwischen dem Terroristen und dem regulären Soldaten.

Sowohl Terroristen als auch Guerillakämpfer setzen Gewalt ein, um ein politisches Ziel zu erreichen. Verdeckter und offener Kampf lassen sich oftmals nicht klar und deutlich voneinander trennen. Die Frage nach der Rechtsstellung der Akteure ist somit ungelöst; zugleich wird deutlich, dass es eine Schnittmenge zwischen Terrorismus und Guerilla gibt.

Begriffe und ihre Wertungen

„Terrorist“ ist ein stark negativ besetzter Begriff. Terroristen bezeichnen sich deshalb nicht selten als „Guerilleros“. Im linksliberalen politischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland wurde die Forderung nach Abschaffung der „Terrorismuse Gesetze“ oft mit der Behauptung verwoben, diese dienten der „Kriminalisierung politischen Widerstandes“.

Jeder Staat muss jedoch Widerstand gegen seine grundlegende Ordnung ablehnen. Wo ein Widerstandsrecht verfassungsmäßig verankert ist, soll eine Situation, in der die rechtlichen Regelungen versagen,

mus

dennoch rechtlich geregelt werden. Das Widerstandsrecht schafft Abhilfe in den rechtlich geregelten Bahnen der Verfassungs- und Rechtsordnung. Gerade ihre Unmöglichkeit ist Voraussetzung für das Widerstandsrecht, da die souveränen Staaten als Richter in eigener Sache entscheiden und jeder Staat sein Unternehmen als gerechte Sache ansehen wird.

Für seine Akteure ist Terrorismus oftmals eine Form der Kriegführung. Staaten hingegen bezeichnen Terrorismus für gewöhnlich als eine Sonderform des Verbrechens. So sollen die Täter weltweit geächtet und verhindert werden, dass ihnen der respektierte Status kämpfender Soldaten eingeräumt wird. Diese Ansätze betrachten den Terrorismus als eine Form internationaler organisierter Kriminalität und untersuchen seine Erscheinungsformen unter dem Gesichtspunkt der Verbrechensbekämpfung. Damit spricht man dem Terrorismus zugleich jedwede politische Legitimität ab.

Den Etikettierungen als Freiheitskämpfer, Guerillero oder Terrorist liegen oftmals nicht wissenschaftliche Präzision, sondern politische Sympathie oder Antipathie zu Grunde. Die Begriffe werden also nicht nur deskriptiv, sondern auch wertend verwendet. Ethischer Wert oder Unwert werden vom Ziel bestimmt, dem die Erscheinung dient. Mithin dient das Wort „Terrorismus“ weniger der Differenzierung als vielmehr der Degradierung, weniger der Analyse als vielmehr der Ächtung.

Die beschriebenen Ansätze sind letztendlich normativer Art und werden durch ihre wertende Darstellung Teil einer Ideologie. Dabei handelt es sich beim Terrorismus um einen politischen Begriff, der sich ausschließlich um Macht dreht: um das Streben nach Macht, um den Erwerb von Macht und um den Gebrauch von Macht zur Durchsetzung politischen Wandels. Der systematische Gebrauch des Terrors ist eine Methode und dient zumeist einem strategischem Ziel.

Der materielle Verlust, den der Feind erleidet, spielt im Terrorismus eine untergeordnete Rolle: Nicht die

physische Vernichtung von Menschen und Material und damit die unmittelbare Schädigung der Kampfkraft ist vorrangig, sondern die psychologische Auswirkung des terroristischen Aktes auf seine Umgebung – nämlich die Erschütterung des Willens. Krieg ist das Mittel der Starken, Terrorismus das Mittel der Schwachen. Terror entwickelte sich aus der Unfähigkeit, Krieg zu führen, und hat einen – aus der Sicht des Täters – enormen Kosten-Nutzen-Faktor hinsichtlich Aufwand und Wirkung. Seine Taktik erweist sich besonders wirksam in Zeiten des äußeren Friedens. Dabei zeichnet sich terroristische Gewalt durch rücksichtslosen und verschlagenen, keine Konventionen respektierenden Gebrauch aller zur Verfügung stehenden Waffen und Methoden aus.

Die Macht der Ohnmacht

Im Terror liegt die Macht der Ohnmacht. Terrorismus – das ist die systematische Verletzung des humanitären Völkerrechts durch Angriffe auf militärische oder nichtmilitärische Ziele, um die (politische) Führung des Gegners zu erpressen, den Forderungen des Terroristen Folge zu leisten.

Terrorismus ist ein Phänomen, dessen Einordnung nicht zuletzt einer interessenbedingten Wertung unterliegt. Entscheidend ist, dass sich der Terrorismus zur Durchsetzung seiner Ziele der Mittel bedient, die ihm zur Verfügung stehen. Entscheidend bei der Wahl der Mittel und Vorgehensweisen ist also nicht die Frage des Rechts, sondern die Frage der Effektivität und Verfügbarkeit der Einsatzmittel und der mögliche Erfolg des taktisch-operativen Vorgehens. Daher können neben konventionellen Waffen auch alle anderen Waffen und Kampfmittel – einschließlich Massenvernichtungswaffen – zum Einsatz kommen.

Es gilt, ein komplexes Gefahrenmanagement zu etablieren, das die enormen Fortschritte von Wissenschaft, Forschung und Technik, vor allem in den Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Detektions- und Ana-

lyseverfahren, berücksichtigt und laufend dynamisch anpasst. Für das Sicherheitsdispositiv der Bundesrepublik Deutschland bleibt das nicht ohne Konsequenzen: Ein ganzheitlicher interministerieller Gesamtansatz von Bund und Ländern, der die Bemühungen von Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Bundeswehr, Zollkriminalamt und Nachrichtendiensten auf nationaler und regionaler Ebene zusammenfügt und international abstimmt, erscheint dringend nötig.

Folglich kommt auch den Naturwissenschaften beim Umgang mit diesen Bedrohungen mehr als nur die Bedeutung von Hilfswissenschaften zu. Sowohl im präventiven Bereich des Schutzes vor terroristischen Attacken, bei der Abwehr und Bekämpfung der Auswirkungen und Schäden als auch bei der Nachsorge und Rehabilitation wird die Kenntnis der Naturwissenschaften zu einer Schlüsselqualifikation, welche im Verbund mit anderen Kräften der Terrorismusbekämpfung für den Erfolg eine *conditio sine qua non* darstellen.

Literaturhinweise

- Gustav Däniker: „Die neue Dimension des Terrorismus – Ein strategisches Problem“, in: Erich Reiter (Hrsg.): Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 1999. Hamburg, Berlin, Bonn 1999
- Hans-Joachim Heintze: „Ächtung des Terrorismus durch das Völkerrecht“, in: Hans Frank, Kai Hirschmann (Hrsg.): Die weltweite Gefahr – Terrorismus als internationale Herausforderung. Berlin 2002
- Franz Wördemann: Terrorismus – Motive, Täter, Strategien. München, Zürich 1977
- Rolf Tophoven: „Der internationale Terrorismus – Herausforderung und Abwehr“, in: Manfred Funke (Hrsg.): Terrorismus – Untersuchungen zur Strategie und Struktur revolutionärer Gewaltpolitik. Bonn 1977
- Caleb Carr: Terrorismus – Die sinnlose Gewalt. Historische Wurzeln und Möglichkeiten der Bekämpfung. München 2002
- AKNZ (Hrsg.): Für eine neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland. Überlegungen für eine gemeinsame Rahmenkonzeption zur Weiterentwicklung des Zivilschutzes. Entwurf eines Grundsatzpapiers für das BMI und den Arbeitskreis V der IMK, Bad Neuenahr-Ahrweiler, 01.03.2002
- Werner Hahlweg: Typologie des modernen Kleinkrieges. Zabern 1967

Schöne Neue Welt?

von Klaus Liebetanz, Verden

Bei diversen Tagungen, Symposien und Kolloquien der vergangenen Jahre zur „zukünftigen politischen Entwicklung der Welt“ wird mit ster Regelmäßigkeit auf Samuel P. Huntingtons Buch „Kampf der Kulturen“ hingewiesen. Besondere Aktualität und Bestätigung erhält Huntingtons These von der prädominanten Bedeutung von Religion und Kultur durch die derzeitige Situation im Irak. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte dieses Buches erscheint daher sinnvoll.

Alle Religionen postulieren eine grundlegende Unterscheidung zwischen Gläubigen und Ungläubigen, zwischen einer überlegenen In-Gruppe und einer anderen, minderwertigen Out-Gruppe. Gesellschaftliches Engagement und politischer Konflikt werden nicht nur Mittel zur Interessendurchsetzung, sondern dienen auch dem viel fundamentaleren Zweck, Identität zu definieren.

Islamisches Bewusstsein ohne Zusammenhalt

Die Struktur der politischen Loyalität unter Arabern und generell unter Muslimen ist das Gegenteil dessen gewesen, was im modernen Westen üblich war. Für letzteren war der Nationalstaat höchstes Objekt politischer Loyalität. Engere Loyalitäten, wie Sprache- und Religionsgemeinschaften oder Kulturen, sind diesem untergeordnet und gehen in der Loyalität zum Nationalstaat auf.

Im Islam verhält es sich umgekehrt. In Zentralasien gab es historisch gesehen keine nationalen Identitäten. Die Loyalität galt dem Stamm, der Sippe und der erweiterten Familie, nicht dem Staat. Die stärkste einigende Kraft unter den Menschen, stärker als die Kraft des Emirs, war der Islam. Im Islam sind die kleine Grup-

pe und der große Glaube, der Stamm und die Ummah, Grundlage von Loyalität und Bindung, während dem Nationalstaat viel weniger Bedeutung zukommt.

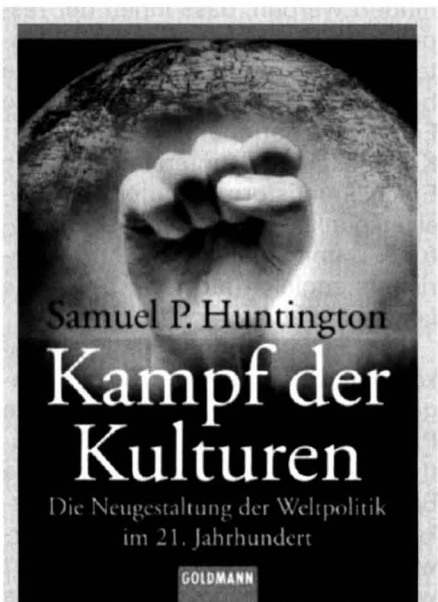
Nach dem Ersten Golfkrieg setzte Saddam Hussein bewusst auf die Einbindung von irakischen Clans und Stämmen, von denen er einige durch die Verteilung von Posten und eine Einbindung in die Baath-Parteistruktur für sich gewinnen konnte. Dies war sicher ein Grund der Fehleinschätzung der Bush-Administration über das Verhalten der irakischen Bevölkerung, von der man angenommen hatte, es würde die Amerikaner sofort als Befreier begrüßen.

Zunehmend greifen Muslime den Westen nicht darum an, weil er sich zu einer in ihren Augen unvollkommenen, irrigen Religion bekennt, die doch gleichwohl auf einer „Heiligen Schrift“ beruht, sondern darum, weil er sich zu überhaupt keiner Religion bekennt. In muslimischen Augen sind Laizismus, Irreligiosität und die daraus resultierende Unmoral des Westens schlimmere Übel als das Christentum, das diese hervorgebracht hat. Im Kalten Krieg war der Widersacher des Westens „der gottlose Kommunismus“; im Kampf der Kulturen nach dem Kalten Krieg ist „der gottlose Westen“ der Widersacher der Muslime.

Der Irrtum des Universalismus

Normativ vertritt der universalistische Glaube des Westens das Postulat, dass die Menschen auf der ganzen Welt sich westliche Werte und Institutionen aneignen sollten. Dieser Glaube an die Universalität der westlichen Kultur ist nach Huntington falsch und gefährlich. Er ist vor allem unmoralisch in Anbetracht der Mittel, die notwendig wären, um dies in die Tat umzusetzen: gewaltsame Expansion, Etablierung und Einflussnahme westlicher Macht. Jede dies-

bezügliche Bemühung widerspricht den westlichen Werten der Selbstbestimmung und Demokratie. In dem Maße, wie asiatische und muslimische Kulturen mehr und mehr auf die globale Relevanz ihrer Zivilisation pochen, wird dem Westen mehr und mehr der Zusammenhang zwischen Universalismus und Imperialismus einleuchten. Gefährlich ist der westliche Universalismus, weil er zu



Samuel P. Huntington: Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Goldmann 2002, 581 S., 13 Euro

Wer ist Samuel P. Huntington?

Samuel Huntington, geboren 1927, ist Professor für Politikwissenschaft und Leiter des John-M.-Olin-Instituts für strategische Studien an der Harvard Universität. Darüber hinaus arbeitete der Mitbegründer der Zeitschrift „Foreign Affairs“ als Berater des US-Außenministeriums (Clinton Administration). In zahlreichen Fachpublikationen hat sich Huntington mit Perspektiven der Weltpolitik im 21. Jahrhundert auseinandergesetzt. „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“ wurde in 26 Sprachen übersetzt.

einem großen interkulturellen Krieg zwischen Kernstaaten führen könnte, und er ist gefährlich für den Westen, weil er zu seiner eigenen Niederlage führen könnte.

Die Einzigartigkeit der westlichen Kultur

Der Westen unterscheidet sich von den anderen Kulturen nicht durch die Art seiner Entwicklung, sondern durch die Eigenart seiner Werte und Institutionen. Hierzu zählen vor allem Christentum, Pluralismus, Individualismus und Rechtsstaatlichkeit; sie ermöglichten es dem Westen, die Modernität zu erfinden, weltweit zu expandieren und Gegenstand des Neides anderer Gesellschaften zu werden.

Diese Ideen machen die westliche Kultur einzigartig. Die westliche Kultur ist wertvoll, nicht, weil sie universal, sondern weil sie wirklich einzigartig ist. Die vornehmste Aufgabe der führenden Politiker des Westens ist daher nicht, andere Kulturen nach dem Bild des Westens umformen zu wollen, sondern die einzigartigen Qualitäten der westlichen Kultur zu erhalten, zu schützen und zu erneuern. Weil sie das mächtigste Land des Westens sind, fällt diese Aufgabe überwiegend den USA zu.

Verfall in den westlichen Gesellschaften

Viel bedeutsamer als wirtschaftliche und demographische Fragen sind Probleme des moralischen Verfalls, des kulturellen Selbstmords und der politischen Uneinigkeit des Westens:

- Kriminalität, Drogenkonsum und Gewalt;
- Verfall der Familie;
- Rückgang des „Sozialkapitals“ – weniger soziale Bindungen bedingen weniger zwischenmenschliches Vertrauen;
- sinkende „Arbeitsethik“ und der zunehmende Kult der vorrangigen Erfüllung persönlicher Wünsche;
- abnehmendes Interesse für Bildung und geistige Betätigung.

Das zukünftige Wohlergehen des Westens sowie sein Einfluss auf andere Gesellschaften hängen in erheblichem Umfang davon ab, ob und wie es ihm gelingt, mit diesen Ten-

denzen fertig zu werden, auf denen der moralische Überlegenheitsanspruch von Muslimen und Asiaten gegründet.

Erneuerung der westlichen Identität

Manche Amerikaner haben für den Multikulturalismus in ihrer Heimat geworben; manche haben für Universalismus im Ausland geworben; und manche haben beides getan. Multikulturalismus in der Heimat gefährdet die USA und den Westen (Grundrechte des Einzelnen contra Grundrechte von ethnischen und religiösen Gruppen, Gefahr der Spaltung eines Landes). Universalismus im Ausland gefährdet den Westen und die Welt. Beide leugnen die Einzigartigkeit der westlichen Kultur.

Die globalen Monokulturalisten wollen die Welt Amerika gleichmachen. Die heimischen Multikulturalisten wollen Amerika der Welt gleichmachen. Ein multikulturelles Amerika ist unmöglich, weil ein nichtwestliches Amerika nicht amerikanisch ist. Eine multikulturelle Welt ist unvermeidbar, weil das globale Imperium unmöglich ist. Die Bewahrung der USA und des Westens erfordert die Erneuerung der westlichen Identität. Die Sicherheit der Welt erfordert das Akzeptieren der multikulturellen Welt.

Kernstaaten – konzentrische Kreise – kulturelle Ordnung

In der heute entstehenden, globalen Politik werden die Supermächte des Kalten Krieges abgelöst von Kernstaaten der großen Kulturkreise, die für andere Länder zum Hauptpol von Anziehung und Abstoßung werden. Am deutlichsten sichtbar ist dieser Vorgang in dem westlichen, dem orthodoxen und dem sinischen Kulturkreis. Hier sind kulturelle Gruppierungen im Werden, die sich zusammensetzen aus Kernstaaten, Mitgliedsstaaten, kulturell ähnlichen Minderheitspopulationen in angrenzenden Staaten und – umstrittener – aus kulturell andersartigen Nachbarvölkern, welche die Kernstaaten aus Sicherheitsgründen zu dominieren wünschen. Die Staaten dieser kulturellen Blöcke legen sich oft wie ein konzen-

trischer Kreis um den Kernstaat oder die Kernstaaten, was dem Grad ihrer Identifikation mit und Integration in diesem Block entspricht.

Merkmale von Bruchlinienkriegen

Kriege zwischen Sippen, Stämmen, ethnischen Gruppen, religiösen Gemeinschaften und Nationen hat es zu allen Zeiten und in jeder Kultur gegeben. Die Konflikte neigen dazu, partikularistisch zu sein insofern, da es ihnen nicht um übergreifende ideologische oder politische Streitfragen geht. Sie können jedoch bei außenstehenden Gruppen humanitäre Besorgnisse auslösen. Sie neigen auch dazu, brutal und blutig zu sein, weil fundamentale Fragen der Identität auf dem Spiel stehen. Auch langwierig können sie sein; sie mögen durch Feuerpausen oder Abmachungen unterbrochen werden, aber diese werden nicht eingehalten, und der Konflikt flammt wieder auf. Der entscheidende militärische Sieg einer Seite in einem derartigen um Identität geführten Bürgerkrieg erhöht dagegen die Wahrscheinlichkeit eines Völkermordes.

Bruchlinienkonflikte entstehen entlang der Grenzen zwischen den Kulturkreisen. Die meisten der Konflikte hat der islamische Kulturkreis, wie etwa in Afghanistan, an der südlichen Grenze der ehemaligen Sowjetunion, auf dem Balkan (Bosnien, Kosovo), im Nahen Osten und im Kaschmirgebirge zwischen Indien und Pakistan. Auch an den Grenzen der anderen Kulturkreise gibt es solche Konflikte, etwa zwischen Singhalesen und Tamilen (Buddhisten und Hindus), zwischen Kroaten und Serben (Katholiken und Orthodoxen).

Die Dynamik von Bruchlinienkriegen

Das Kulturbewusstsein steigert sich im Verhältnis zu anderen Identitäten. Es entsteht eine „Hassdynamik“, vergleichbar dem „Sicherheitsdilemma“ in den internationalen Beziehungen, bei dem Ängste, Misstrauen und Hass beider Seiten einander verstärken. Jede Seite dramatisiert und verstärkt den Unterschied zwischen den Mächten des Guten und den Mächten des Bösen und ver-

sucht schließlich, aus diesem Unterschied den definitiven Unterschied zwischen den Lebendigen und den Toten zu machen.

Diese Identität ist fast immer religiös definiert. Psychologisch gesehen bietet die Religion die sicherste und stabilste Rechtfertigung für den Kampf gegen die „gottlosen“ Mächte, die als bedrohlich empfunden werden. Die jeweilige lokale Gruppe erwartet Hilfe von ihrer kulturellen Kin-Gruppe (kulturell verwandte Länder), etwa so wie die afghanischen Mudschaheddin von den strenggläubigen Moslems in Saudi-Arabien oder die orthodoxen Serben von den orthodoxen Russen.

Bruchlinienkriege sind per definitionem lokale Kriege zwischen lokalen Gruppen mit weitreichenden Verbindungen und fördern damit die kulturelle Identität der an ihnen Beteiligten. Die Kontrahenten verstehen ihren lokalen Krieg nicht bloß als Kampf gegen eine andere lokale ethnische Gruppe, sondern als Kampf gegen eine andere Kultur.

Die Bedrohung wird daher durch die Ressourcen einer führenden Kultur vergrößert und untermauert, und eine Niederlage hat Konsequenzen nicht nur an sich, sondern für die ganze eigene Kultur. In dem Maße, wie ein Bruchlinienkrieg an Heftigkeit zunimmt, verteuert jede Seite ihre Gegner und stellt sie oft als Untermenschen hin, deren Tötung legitim ist. „Tolle Hunde muss man erschießen“, sagte Jelzin und meinte damit tschetschenische Guerillakämpfer.

Ein globaler Krieg unter der Beteiligung von Kernstaaten

In Kriegen zwischen den Kulturen ist die Kultur der Verlierer. Infolge des „Kin-Land-Syndroms“ bergen Bruchlinienkonflikte ein viel höheres Eskalationspotenzial in sich als intrakulturelle Konflikte und bedürfen zu ihrer Eindämmung und Beendigung für gewöhnlich interkultureller Kooperation. Im Gegensatz zum Kalten Krieg sichert der Konflikt nicht von oben nach unten, er kocht von unten her hoch.

Ein globaler Krieg unter Beteiligung der Kernstaaten der großen Kulturkreise der Welt ist nach Huntington höchst unwahrscheinlich, jedoch

nicht unmöglich. Eine gefährliche Quelle eines weltweiten interkulturellen Krieges könnte eine Verschiebung des Machtgleichgewichts zwischen Kulturkreisen und ihren Kernstaaten sein. Falls er weiter andauert, wird der Aufstieg Chinas, verbunden mit dem zunehmenden Selbstbewusstsein dieses „größten Mitspielers in der Geschichte des Menschen“, die internationale Stabilität zu Beginn des 21. Jahrhunderts enormen Belastungen aussetzen. Der Aufstieg Chinas zur beherrschenden Macht in Ost- und Südostasien würde den amerikanischen Interessen nämlich diametral entgegen laufen.

Huntington entwirft in diesem Zusammenhang ein Weltuntergangsszenario, das mit dem Versuch seitens der USA, in die wirtschaftliche Entwicklung Chinas einzugreifen, beginnt und mit einer völligen Neuordnung der Welt endet. Dieses Szenario mag dem Leser in seinen Konsequenzen absurd, unplausibel und phantastisch vorkommen, dient jedoch zur Illustration von Huntingtons Lehre, die da lautet: In der kommenden Ära müssen Kernstaaten davon absehen, bei Konflikten in anderen Kulturen zu intervenieren, um große Kriege zu vermeiden.

Stattdessen sollten Kernstaaten miteinander verhandeln, um Bruchlinienkriege zwischen Staaten oder Gruppen innerhalb ihrer jeweiligen Kultur einzudämmen oder zu beenden. In diesem Zusammenhang schlägt Huntington eine Erweiterung des Sicherheitsrates um fünf neue Ständige Mitglieder ohne Vetorecht vor, nämlich: Deutschland, Japan, Indien, Nigeria und Brasilien.

Huntington Schwachstellen

Huntington stellt mit Recht die Bedeutung der Bruchlinienkriege für die weitere Entwicklung der Welt heraus. Darüber hinaus gibt es jedoch eine Reihe von Kriegen, die unabhängig von Religion, Ethnie oder Kultur geführt werden. In diesen Kriegen geht es um Diamanten, Gold, Erdöl und andere wertvolle Bodenschätze, vornehmlich in Afrika.

Des weiteren beurteilt Huntington die Rolle von Bruchlinienkriegen zu pessimistisch. Beispielsweise schreibt er: „Die Kriege zwischen den

Religionsgemeinschaften auf dem Balkan mögen nachlassen und zeitweilig auch zum Stillstand kommen, aber niemand wird einen entscheidenden Sieg verbuchen, und kein Sieg bedeutet: kein Ende. Der spanische Bürgerkrieg war ein Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg. Der bosnische Krieg ist eine weitere blutige Episode in einem andauernden Kampf der Kulturen“.

Huntington hat sein Buch zwischen 1993 und 1995 geschrieben. Die Ereignisse auf dem Balkan haben sich jedoch anders entwickelt, als Huntington es vorausgesehen hat.

Die Friedenskonsolidierung der NATO und der Bundeswehr hat sich positiv auf die friedliche Entwicklung auf dem Balkan ausgewirkt. Dazu zählen auch die umfangreichen CIMIC-Aktivitäten, nicht zuletzt der Bundeswehr, und die faire Behandlung der Serben. Bruchlinienkonflikte bedürfen des gerechten Ausgleichs aller beteiligten Gruppen. Nur so kann eine friedliche Phase eingeleitet werden. Die deutschen Streitkräfte haben bei der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgephase den richtigen Weg eingeschlagen und sollten sich auch durch schmerzliche Rückschläge nicht davon abbringen lassen, mit und für die lokale Bevölkerung zu arbeiten.

Nicht nur für Offiziere

Es ist zweifellos Huntingtons großes Verdienst, die herausragende Bedeutung von Religion und Kultur für die weitere politische Entwicklung des 21. Jahrhunderts in umfangreicher, detaillierter Weise mit über 600 Quellenangaben nachgewiesen zu haben. Da für die deutschen Streitkräfte „internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ die wahrscheinlichste Aufgabe der Zukunft sein wird (Vgl. die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien VPR vom 21. Mai 2003 Nr. 78), ist es für die Soldaten der Bundeswehr unerlässlich, sich intensiv mit anderen Kulturen zu befassen.

Samuel P. Huntingtons Werk „Der Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert“ ist es wert, nicht nur von Offizieren und Feldwebeln der Bundeswehr gelesen zu werden. ■

Hochwasser

Nach der Sommerflut der Elbe nun die Winterflut der Rhône

Die Situation in den überfluteten Gebieten Südfrankreichs war rund um den 10. Dezember 2003 unverändert kritisch, da das Flutwasser auf Grund der geografischen Lage nicht abfließen konnte. Deiche mussten durchbrochen und Kanäle umgeleitet werden. Das THW verlegte einen kompletten Einsatzabschnitt in das Rhônedelta, um in Silvèreal am Rande der Camarque mit einer Pumpleistung von 107.000 Litern pro Minute Wasser in die kleine Rhône umzuleiten. Damit wollte man erreichen, dass die aufgestauten Wassermassen aus Arles sowie den Départements Gard und Bouches-du-Rhône ins Meer abfließen.

THW-Präsident Georg Thiel besuchte die 850 ehrenamtlichen THW-Helfer, die seit 5. Dezember 2003 im Auftrag von Bundesinnenminister Otto Schily im Katastrophengebiet im Einsatz waren. Der weitere Einsatz des THW sei unerlässlich, davon habe er sich bei seinem Blitzbesuch überzeugen können, sagte Thiel im Gespräch mit Verantwortlichen der Départementverwaltungen und der französischen Regierung.

Bis zum 10. Dezember wurden vom THW allein aus dem Stadtgebiet von Arles mehr als zwei Millionen Kubikmeter Wasser abgepumpt, weitere rund 1,5 Millionen Kubikmeter an den Einsatzorten Moulès und L'Ardoise. Darüber hinaus wurden die französischen Einsatzkräfte von Helfern der italienischen Feuerwehr und der belgischen Protection Civile im Katastrophengebiet mit Hochleistungspumpen unterstützt. Die Hilfskräfte arbeiteten im Schichtsystem rund um die Uhr.

Arles liegt in einem trichterförmigen Talkessel und lässt den Wassermassen außer im Tal der Rhône keine andere Abflussmöglichkeit. „Wir stehen hier vor dem Problem, dass die Rhône, die kleine Rhône sowie viele weitere Seitenarme und Kanäle ins Meer münden“, erklärte THW-

Hochwasserexperte Rainer Klumpp aus Tuttlingen, Leiter des Einsatzabschnitts in Silvèreal. „Die Wassermassen aus den überfluteten Gebieten werden aber vom Mittelmeer zurückgestaut und zurückgedrängt.“ Durch landschaftliche Höhenunterschiede sei die kleine Rhône einer der wenigen Flüsse, die jetzt noch Wasser aufnehmen könnten. „Wir arbeiten jetzt mit Hochdruck daran, Wasser in die kleine Rhône zu pumpen. Dadurch entsteht in den Kanälen so-

wie in der Rhône ein Sog, der die Abflussgeschwindigkeit erhöht.“

Das Kontingent des THW in Südfrankreich setzte sich aus 40 Fachgruppen Wasserschaden/Pumpen sowie Führungs-, Logistik und Elektroversorgungseinheiten der THW-Landesverbände, Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen sowie des THW-Länderverbandes Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland zusammen.

(Quelle: THW)



Das THW pumpte allein aus dem Stadtgebiet von Arles mehr als zwei Millionen Liter Wasser ab.

Fotos: THW

Schily traf Strategischen Beirat der Hilfsorganisatorien und Feuerwehren

Bundesinnenminister Otto Schily traf sich am 10. November 2003 in Berlin mit den Spitzen der Hilfsorganisationen und Feuerwehren zur 2. Sitzung des Strategischen Beirats für den Zivil- und Katastrophenschutz. Dem Beirat gehören unter anderem die Präsidenten der fünf großen Hilfsorganisationen – Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst – an. Außerdem sind der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, der Vorsitzen-

de der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, Vertreter des Deutschen Städtetags, des THW und des Bundesverwaltungsamtes sowie der Vorsitzende der Schutzkommission beim Bundesinnenministerium im Beirat vertreten.

Verbesserte Kooperation

Schily betonte die in den vergangenen Jahren stark verbesserte Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Zivil- und Katastrophen-

schutz und das hohe Engagement des Bundes seit 1999 bei der Erarbeitung neuer Konzepte für den Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland. Er lobte dabei vor allem die aktive und konstruktive Rolle der Hilfsorganisationen bei der Neukonzeptionierung: „Die Hilfsorganisationen sind die wichtigsten Partner von Bund und Ländern im Zivil- und Katastrophenschutz,“ so Schily im Anschluss an die Sitzung. „Sie nehmen eine wichtige Brückenfunktion zwischen Staat und Gesellschaft ein. Ohne sie wäre unser vorbildliches, integriertes Gefahrenabwehrsystem nicht in dieser Weise funktionsfähig. Das Know-how der Hilfsorganisationen in ihren Spezialgebieten müssen wir noch stärker in die neue Strategie von Bund und Ländern zum Schutz der Zivilbevölkerung einbinden und besser miteinander verzahnen. Hier wird das neue Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe als Planungs- und Koordinierungszentrum ein kompetenter Ansprechpartner sein.“

Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung

Schily informierte den Beirat über den Stand der Umsetzung zur „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“. Außerdem diskutierten die Experten über den Ausbau der integrierten Warnsysteme zur frühzeitigen Warnung der Bevölkerung. Der Bundesinnenminister stellte den Teilnehmern das neue Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und seine geplanten Aufgaben vor.

Schily hatte den Strategischen Beirat für den Zivil- und Katastrophenschutz im Juni 2002 ins Leben gerufen. Ziel ist es, die Hilfsorganisationen und den Deutschen Feuerwehrverband in die strategisch-operativen Überlegungen des Bundes und der Länder zur Reorganisation des Zivil- und Katastrophenschutzes stärker einzubinden.

(Quelle: www.bmi.bund.de)

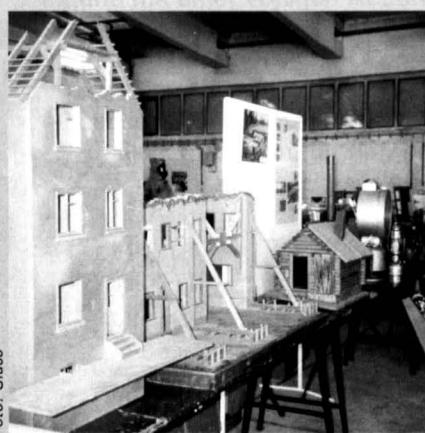
Jubiläum

50 Jahre AKNZ

Aus Anlass ihres 50-jährigen Jahrestages – unter Einschluss ihrer früheren Organisationsform als Akademie für Zivile Verteidigung einerseits und Katastrophenschutzschule des Bundes andererseits – beging die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler am 8. und 9. Dezember ihren 50. Geburtstag. Fritz Rudolf Körper, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern hielt einen Festvortrag.

Es schloss sich ein Fachkongress „Zivile Sicherheitsvorsorge – Strategie und Umsetzung“ an, über den die NOTFALLVORSORGE in der nächsten Ausgabe berichten wird. Dem feierlichen Jubiläumsakt war am 20. September 2003 in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr von Bad Neuenahr-Ahrweiler, der viele interessierte Zuschauer, Helfer und auch manchen Veteranen des Zivilschutzes anlockte. Die Vielfalt der Vorführungen war beachtlich. Es gab vieles zu sehen: von Feuerwehrfahrzeugen und Rettungshubschraubern, Oldtimern des Katastrophenschutzes über Flüchtlingslager, Hundestaffeln, Fernmeldedienst, Selbstschutzvorführungen und Bundesgrenzschutz-Fahrzeugen bis hin zu Gerätschaften für Führung und Einsatz.

Das THW zeigte seine Fahrzeuge – darunter auch Oldtimer – und eine Feldschmiede. Die bekannte Bundesgrenzschutzeinheit-Einheit GSG 9 führte Fallschirmabsprünge vor. Außerdem wurde das Retten aus Höhen mit Leiterhebel vorgeführt. Die Höhenrettungsgruppe demonstrierte, wie Verletzte mit Hebekissen und einer Rettungshundestaffel des THW geborgen werden. Mit einer Demonstrationsübung einer Einsatzleitung sowie einer Behandlungsplatzübung schloss der erfolgreiche Tag der offenen Tür als Auftakt zum 50. Geburtstag der AKNZ.



Eine Ausstellung zeigte unter anderem Übungshäusermodelle, die in der Selbstschutzausbildung genutzt werden.

Winfried Glass



Jugendfeuerwehr

Mehr Chancenfreiheit dank Gender-Mainstreaming

Die Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF) hat sich ein hohes Ziel gesetzt: Gender-Mainstreaming soll das neue Leitprinzip für die fast 260.000 Mitglieder zählende Jugendorganisation bilden. „Dies ist eine wichtige Entscheidung und zeigt, dass die DJF offen ist gegenüber modernen gesellschaftspolitischen Entwicklungen“, sagt Heike Lenz, die als Leiterin des Fachausschusses Mädchen und Jungen mit der Materie bestens vertraut ist. „Wenn die DJF auch weiterhin gut funktionieren will, muss sie die Geschlechterverhältnisse berücksichtigen, schließlich verfügen wir mit

mehr als 22 Prozent über einen hohen Anteil von Mädchen und Frauen auf allen Ebenen der Jugendfeuerwehr“, erklärt Bundesjugendleiter Willi Gillmann.

Gender-Mainstreaming bedeutet nicht die Bevorzugung von Mädchen und Frauen, sondern die Gleichstellung unterschiedlicher Lebensmuster und Kompetenzen beider Geschlechter sowie die Gleichwertigkeit ihrer Handlungsweisen. Die Gleichstellung von Mädchen und Jungen sowie Frauen und Männern ist das Ziel.

(Quelle: DJF)

Infos: www.jugendfeuerwehr.de

EU

Kooperation weiter ausbauen

Die Innen- und Justizminister der Europäischen Union haben sich in Brüssel darauf verständigt, die Katastrophenschutzhilfe auf europäischer Ebene weiter auszubauen.

Die Europäische Kommission wird Vorschläge erarbeiten, wie Einsatzmittel noch effektiver zur Bekämpfung von Katastrophen mobilisiert werden können. So sollen nationale Maßnahmen bei Hilfeersuchen aus dem Ausland wirksam unterstützt werden.

Ausgangspunkt für diese Initiative waren die verheerenden Waldbrände in diesem Sommer in Südwesteuropa, wovon insbesondere Frank-

reich und Portugal betroffen waren.

Deutschland hatte hier umgehend Hilfe angeboten und drei Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes mit Löschbehältern in die Katastrophengebiete entsandt.

Drei Wochen lang hatten die Besatzungen bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit zusammen mit den örtlichen Kräften der Feuerwehr das Feuer unermüdlich bekämpft; erst in Frankreich, dann in Portugal. Vor allem für Portugal war diese Hilfe wichtig, da außer Italien kein anderer Mitgliedstaat mit Löschflugzeugen helfen konnte.

(Quelle: www.bmi.bund.de)

DKKV-Vorstand wiedergewählt

Das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge e.V. hat in seiner Mitgliederversammlung am 15. September 2003 in Bonn den kompletten Vorstand des DKKV ohne Gegenstimmen im Amt bestätigt: Dem Vorstand gehören also nach wie vor an:

- Dr. Irmgard Schwaetzer, Vorsitzende
- Dr. Horst Schöttler, Stv. Vorsitzender
- Prof. Dr. Friedemann Wenzel, Stv. Vorsitzender
- Volker Angres
- Dr. Gerhard Berz
- Prof. Dr. Johann G. Goldammer
- Bernd Hoffmann
- Dr. Johannes Richert
- Alfred Thorwart
- Prof. Dr. Rolf Emmermann
- Dr.-Ing. Karl-Heinz Rother

Hermann Schmitz-Wenzel vom Vorstand beauftragt

Ministerialdirigent a.D. Dr. Hermann Schmitz-Wenzel aus Bonn, Generalsekretär a.D. des Deutschen Roten Kreuzes, hat seit seinem Aufbau das damalige Deutsche IDNDR-Komitee und nachfolgend das daraus entstandene DKKV auf Vorstandsebene begleitet und unterstützt. Der DKKV-Vorstand beschloss am 27. Oktober 2003, Dr. Schmidt-Wenzel zu allen Vorstandssitzungen als Ständigen Beauftragten für besondere Aufgaben in Beratungsfunktion formell einzuladen.

Dr. Horst Schöttler

Dr. Horst Schöttler im Amt bestätigt

Am 11. August 2003 tagte der Operative Beirat des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge. Dabei fand auch die Neuwahl statt. Diese ergab, dass der bisherige Vorsitzende Dr. Horst Schöttler weiterhin in seinem Amt bleibt. Ebenso einstimmig wurde Ministerialdirektor a.D. Klaus-Henning Rosen zum Stellvertreter des Beiratsvorsitzenden gewählt.

Pressespiegel

Wie brisant die Beiträge unserer Autoren Liebetanz (S. 16) und Hütte (S. 20) sind, zeigt dieser Kommentar der „Süddeutschen Zeitung“ vom 6. August 2003:

Jenseits von Kabul

Wenn nun in Berlin kontrovers darüber diskutiert wird, ob und in welchem Umfang die Bundeswehr jenseits von Kabul Sicherheit schaffen soll, heißt das zunächst eines: Das bisherige Afghanistan-Konzept ist gescheitert. Die Grundidee der ISAF-Schutztruppe war, die Hauptstadt so überzeugend zu stabilisieren, dass dieser Erfolg nach und nach auf die anderen Regionen des unwirtlichen Landes ausstrahlt. Das Gegenteil ist eingetroffen. Die Oase Kabul wird von außen immer wieder aus ihrer Ruhe gerissen. Nicht das Vorbild Kabul strahlt ins Land hinaus, sondern die Verhältnisse im Land strahlen nach Kabul hinein.

Damit steht der internationale Einsatz, an dem die Bundeswehr maßgeblich beteiligt ist, an einem Scheitelpunkt. Zugespißt gesagt: Entweder man gesteht das Scheitern von ISAF ein und geht komplett hinaus. Oder aber der Einsatz muss ausgedehnt werden, gerade auf die Regionen, von denen immer wieder Attentate ausgehen. Dazwischen ist nichts.

In Berlin drängt das Auswärtige Amt auf einen erweiterten Einsatz. Das Verteidigungsministerium stellt sich nicht frontal dagegen, mahnt aber höchste Sorgfalt bei der Ausarbeitung eines schlüssigen zivil-militärischen Konzepts an. Außerdem hat das Bus-Attentat von Kabul mit vier toten Soldaten und 29 teilweise schrecklich Verletzten beim zuständigen Minister Struck einen tiefen Eindruck hinterlassen. Wer, wie er, die Hinterbliebenen und die Überlebenden zu besuchen hat, verinnerlicht mehr als mancher Reißbrett-Strategie: Das Prinzip *trial and error*, Versuch und Irrtum, darf hier nicht regieren. Dann wäre das klare Eingeständnis besser, dass man sich an der Mission in Afghanistan die Zähne ausgebissen hat.



SARS

Erste Kristallstruktur eines SARS-Proteins aufgeklärt

Lübecker Forscher haben über Kristallisation und Röntgenstrukturanalyse die Struktur des ersten Proteins vom SARS-Virus aufgeklärt. Dabei handelt es sich um eine virale Proteinase - ein Enzym, welches für die Herstellung neuer Viruspartikel in infizierten menschlichen Zellen und damit für die weitere Verbreitung der Infektion verantwortlich ist.

Das „Schwere Akute Respiratorische Syndrom“ (SARS) wird von einem neuen Coronavirus hervorgerufen. An der Universität zu Lübeck erforscht Prof. Dr. Rolf Hilgenfeld, Direktor des Instituts für Biochemie, mit seinen Mitarbeitern die dreidimensionale Struktur von Coronavirus-Proteinen.

Bereits im Mai diesen Jahres hatten sie einen ersten Wirkstoff zur Therapie von SARS vorgeschlagen. Dieser wird derzeit von der pharmazeutischen Industrie weiterentwickelt. Der Wirkstoff basiert auf der Strukturaufklärung eines Enzyms des humanen Coronavirus 229E, welches mit dem SARS-Virus verwandt ist, aber nur leichte Erkältungskrankheiten hervorruft.

Jetzt haben die Lübecker Forscher über Kristallisation und Röntgenstrukturanalyse die Struktur des ersten Proteins vom SARS-Virus selbst aufgeklärt. Dazu taten sie sich mit der Arbeitsgruppe von Prof. Zhihe Rao an der Tsinghua University in Peking zusammen, weil diese schon zu einem frühen Zeitpunkt über das biologische Material verfügte. Hilgenfeld arbeitete selbst für einige Wochen im Labor der Peking Kollegen, und Rao kam anschließend nach Lübeck.

Bei der aufgeklärten Struktur handelt es sich um eine virale Proteinase, ein Enzym, welches für die Herstellung neuer Viruspartikel in infizierten menschlichen Zellen und damit für die weitere Verbreitung der Infektion verantwortlich ist. Bei ihren Untersuchungen fanden Hilgenfeld und Rao, dass die Struktur des Enzyms sich abhängig von der Umgebung ändert: In leicht saurem Milieu ist es nur eingeschränkt aktiv, während es im neutralen Bereich eine aktive Struktur annimmt. Diese Strukturumwandlung könnte ähnlich in der infizierten Zelle bei der Aktivierung des Virus aus seinem Ruhezustand ablaufen.

Die neuen Arbeiten von Hilgenfeld und Rao wurden in den „Proceedings of the National Academy of Science of the USA“ (PNAS) veröffentlicht (PNAS 100, 13190-13195 [2003]). Sie erlauben nun die Entwicklung von Medikamenten, die diese Aktivierung verhindern, und eröffnen damit eine neue Front in der therapeutischen Bekämpfung des SARS-Virus.

(Quelle: idw)



Überlebensregeln und Tipps für Notfälle

Heinz Volz: Überleben in Natur und Umwelt – Mit ABC-Teil und Ausbildungsplan. Walhalla 2003, 11., vollständig neu bearbeitete Aufl., 576 Seiten, 15,50 Euro

Es müssen keine Schreckensszenarien entworfen werden – Katastrophen sind jeder Zeit möglich, im Urlaub und im Alltag. Man kann schnell durch eigenes Verschulden oder Fehler anderer in eine kritische Situation geraten. Da ist eine Anleitung gut, die hilft, im Notfall zielgerichtet zu handeln und eine gefährliche Lage zu meistern.

Solch eine kompakte, auf das Wesentliche konzentrierte Anleitung gibt das Standardwerk im Taschenbuchformat *Überleben in Natur und Umwelt* von Heinz Volz. Die soeben im Walhalla Fachverlag erschienene 11. Auflage wurde vollständig neu überarbeitet.

Survival-Training im Westentaschenformat

Wie helfe ich mir bei einer Outdoor-Panne? Wie orientiere ich mich im Gelände, was muss ich bei einem langen Marsch beachten, bei der Wassersuche, beim Feuermachen, Jagen, Fischen, beim Bau von Notunterkünften? Wie überwinde ich Flüsse und Sümpfe, wie erkenne ich Heilpflanzen? Wetterregeln und Grundsätzliches der Ersten Hilfe werden ins Gedächtnis zurück gerufen. Ratschläge für das Überleben in außergewöhnlichen Bedingungen wie beispielsweise in Dschungelgebieten, nach einem Fallschirmabsprung und in Gefangenschaft sowie unter atomarer, chemischer und biologischer Bedrohung scheinen inzwischen leider auch nicht mehr „weit her geholt“.

Der praxiserfahrene Autor verweist auf einfache, ja primitive Hilfsmittel und zeigt Möglichkeiten der Improvisation auf, die in Katastrophensituationen das Überleben erleichtern oder sogar erst möglich machen. Viele Fotos und Zeichnungen verdeutlichen die Anweisungen – nicht nur im Kapitel „Die wichtigsten Knoten...“.

Die Anlagen zur Überlebensausbildung und über Führungs- und Gruppenverhalten in Notfällen wenden sich vor allem an Profis wie Mitglieder der Bundeswehr oder von Hilfsorganisationen. Auf Grund seiner vielen praktischen Tipps gehört der Ratgeber aber auch in die Standardausrüstung von Fern- und Abenteuerreisenden, Bergwanderern, Pfadfindern, Jägern, Rucksacktouristen und Campnern. Ein Ratgeber für jeden, der mehr über das Leben in und mit der Natur erfahren will. (red)



Die dreckigsten Waffen der Welt

Kurt Langbein, Christian Skalník, Inge Smolek: Bioterror – Die gefährlichsten Waffen der Welt. DVA 2002, 286 Seiten, 18,90 Euro

„Einfach viele Leute zu töten, war selten das Ziel von Terroristen. Terroristen wollen viele Zuschauer – aber nicht viele Tote. Im allgemeinen versuchen sie nicht, viele umzubringen, solange für ihre Zwecke auch wenige reichen.“ Das schrieb der Terrorismus- und Biowaffenexperte Bryan Jenkins noch im Jahre 1985. Dass dieses Bild vom Terrorismus jedoch nicht erst seit dem 11. September 2001 brüchig geworden ist, zeigen Kurt Langbein und seine Mitautoren in dem Buch *Biowaffen – Die gefährlichsten Waffen der Welt*. So zitieren sie beispielsweise Timothy McVeigh,

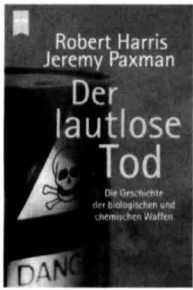
der 1995 bei seinem Anschlag auf das Alfred P. Murrah Federal Building in Oklahoma City 168 Menschen tötete und hinterher in einem Interview erklärte, es tue ihm leid, dass ein Teil des Gebäudes stehengeblieben sei und nicht mehr Menschen umgekommen seine – ein hoher „Bodycount“ sei ihm das Wichtigste gewesen.

Was Experten bereits im Laufe der 90-Jahre heraufziehen sahen – dass sich nämlich ein neuer Typ von Terroristen etabliert, die bereit sind, Gewalt und Tod unter unbeteiligten Massen zu verbreiten – brannte sich am 11. September 2001 ins Bewusstsein der Menschen der Welt ein: dass sich in den vergangenen Jahrzehnten, vor allem in der moslemischen Welt, ein enormes Hasspotenzial gegen westliche Lebensweise und Werte aufgestaut hat. Und dass sich dieser Hass mit dem Anschlag auf das World Trade Center höchstwahrscheinlich noch nicht erschöpft hat.

Seither sind zahllose Analysen, Hintergrundberichte und Polemiken erschienen. Langbeins Buch über das Biowaffenpotenzial der Welt liegen gründliche Recherchen, medizinische Kenntnisse und logische Schlussfolgerungen zu Grunde. Spätestens seit den ersten Fällen von Milzbrand in den USA war klar: Um einen Zufall konnte es sich nicht handeln. Lange Zeit galt ein Bioangriff als unwahrscheinlich, mittlerweile ist er eine ganz konkrete Bedrohung.

Das Buch bietet zu allen Aspekten der Infizierung mit unterschiedlichen Krankheitserregern fundierte Informationen. Würden zum Beispiel 50 Kilogramm des Anthrax-Erregers über einer Stadt mit 500.000 Bewohnern in den Wind gestreut, ist mit etwa 100.000 Toten zu rechnen. Die psychologische Wirkung eines solchen Schreckensszenarios ist verheerend.

Die Autoren leisten Aufklärungsarbeit. Wer besitzt Biowaffen? Wer forscht zu welchen Zwecken? Wie sinnvoll sind Schutzmaßnahmen? Wie verlaufen Erkrankung und Behandlung? Ergänzt werden diese Ausführungen durch einen Serviceteil mit Katastrophenschutzplänen der Bundeswehr und Landesregierungen, Anleitungen für Schutzmaßnahmen und wichtigen Adressen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. (red)



Vom Chlorgas und seinen Nachfolgern

Robert Harris, Jeremy Paxman:
Der lautlose Tod – Die Geschichte der biologischen und chemischen Waffen. Heyne 2002, 432 Seiten, 8,95 Euro

„Das Chlorgas, das unsere Großväter bei Ypern vergiftete, stammte aus der synthetischen Farbindustrie, wir haben diese Stoffe dem Wunsch unserer Großmütter nach bunt gefärbten Kleidern zu verdanken.“ Dieser Satz, der dem Vorwort zu dem Buch *Der lautlose Tod* von Robert Harris und Jeremy Paxton entnommen ist, steht für die Perversion, die hinter der Erforschung biologischer und chemischer Kampfstoffe steckt. Es ist pervers, wenn Krankheiten nicht bekämpft, sondern gezielt gezüchtet werden.

Diese Perversion stellt die Werte der Zivilisation grundsätzlich in Frage. Und sie hat sich zu einer der gefährlichsten Bedrohungen ausgewachsen, mit denen die Menschheit weltweit konfrontiert ist. Wer sich in die Geschichte der B- und C-Waffen vertiefen möchte, findet in diesem Buch einen guten, auch für Laien verständlichen Einstieg in die Materie.

Allerdings wurde das Buch bereits 1982 in den USA veröffentlicht, und die Autoren haben den Großteil ihres Werkes nicht überarbeitet, sondern lediglich ein 11. Kapitel angehängt, in dem die wesentlichen Ereignisse der vergangenen zwei Jahrzehnte zusammengefasst werden. Das aktuelle Bedrohungspotenzial, dass von B- und C-Waffen ausgeht, kommt dabei etwas zu kurz.

Trotzdem Vorsicht: Eiskalte Schauer, die den Rücken hinunter laufen, sind bei der Lektüre des Buches inbegriffen. Harris und Paxman beginnen mit ihren Schilderungen beim ersten Giftgasangriff im Jahre 1915 während des Ersten Weltkrieges. Aus der ersten Chlorgaswolke entwickelte sich ein Gaskrieg, bei dem immer tödlichere Waffen eingesetzt wurden. Bereits nach dem Krieg gab es deshalb Bestrebungen, den Einsatz chemischer Waffen zu verbieten. Doch im Laufe der 30-er Jahre wurden noch gefährlichere Giftgase – die Nervenkampfstoffe – entwickelt.

Großbritannien, Russland und die USA folgten dem nationalsozialistischen Beispiel und horteten Gifte. Einen traurigen Höhepunkt erreichte der Einsatz von B- und C-Waffen in den 80-er Jahren. Allein im iranisch-irakischen Krieg starben schätzungsweise 20.000 Menschen auf Grund bio-chemischer Kampfstoffe.

Ständen diese Massenvernichtungswaffen zunächst nur den fortschrittlichsten Staaten zur Verfügung, werden sie mittlerweile „die Atombombe des kleinen Mannes“ genannt, weil es mit relativ geringem Aufwand möglich ist, hochtoxische Nervengase herzustellen und tödliche Krankheitserreger zu züchten. (red)



Welche Maßstäbe hat unsere Zivilisation?

Andreas von Block-Schlesier: *Zur Rolle und Akzeptanz des humanitären Völkerrechts am Beginn des 21. Jahrhunderts.* BWV, 2003, 141 Seiten, 24 Euro

Am 22. August 2004 jährt sich die Unterzeichnung der ersten Genfer Konvention zum 140sten Mal. Fortentwickelt durch das Regelwerk der Vier Genfer Abkommen von 1949 und ihren beiden Zusatzprotokollen von 1977, findet dieses humanitäre Völkerrecht inzwischen immer weniger Beachtung und Verbreitung. Als ein Akzeptanzmangel galt immer der fehlende effektive Durchsetzungsmechanismus. Diese Lücke füllt nun der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag, der Kriegsverbrecher verfolgen kann.

Die Akzeptanzprobleme bestehen jedoch weiter, wie die Konflikte der jüngsten Zeit zeigen. Geschieht die Missachtung des humanitären Völkerrechts aus Unkenntnis, auf Grund des Verlustes von Wertmaßstäben oder in bewusster Ablehnung eines humanitären Grundkonsenses? Block-Schlesier, der sich selbst 30 Jahre lang in humanitären Organisationen engagierte, bezieht in seinem Buch zu diesen Fragen Stellung. Seine Analyse führt zur Wertefrage in unserer Gesellschaft: Recht hat nur Bestand als verinnerlichtes, gesellschaftliches Kulturelement. Wer aber lehrt und verbreitet dieses Wissen, wer lebt es vor?

Block-Schlesier analysiert auch die pädagogische Seite der Rechtsmaterie vor dem Hintergrund seiner interdisziplinären Erfahrungen. Der Rechtsanwalt und Lehrer promovierte im Völkerrecht. Über ein Jahrzehnt war er für das Deutsche und Internationale Rote Kreuz tätig. Heute ist er als Generalsekretär von Johanniter International tätig. (red)

Es ist da: das PARLAMENTARIUM 2004

Endlich wieder erhältlich: das PARLAMENTARIUM 2004, das rund um Parlament, Ministerien, diplomatische Vertretungen, Verbände und Medien informiert. Das Kalendarium enthält auf über 100 Seiten alle wichtigen Ansprechpartner mit Adressen, Telefon, Fax und E-Mail. Ergänzt um Messtermine, Länderdaten, Ferien- und Parlamentstermine sowie zahlreiche farbige Karten ist das PARLAMENTARIUM eine wertvolle Arbeitshilfe im Umgang mit Vertretern aus Politik, Verbänden und Wirtschaft.

„Ein Nachschlagewerk, das Gold wert ist“ (Phoenix TV)

Das PARLAMENTARIUM 2004 kann bestellt bei der Walhalla Verlagsgesellschaft, Haus an der Eisernen Brücke, 93042 Regensburg, Telefon: (09 41) 56 84-0, Fax: 56 84-111, E-Mail: walhalla@walhalla.de